

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

300 (24.12.1930)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 geteilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
setzung und Stellenanzeige 8 Pfennig. Die Bekanntmachungen
wie 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterfüllung des
Vertrages, bei geschäftlicher Deregung und bei Konkurs außer Kraft tritt o. Geschäfts-
veränderung und Geschäftsveränderung 1. D. o. Schluss der Anzeigen-Einnahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Ohne Jubiläum 2.70 Mark o. Durch die Post
2.66 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich
sonntags 11 Uhr o. Nachmittags 2.50 Mark o. Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Kar-
lsruhe L. D., Waldstraße 28 o. General 7020 und 7021 o. Postfach 11414. Dursch, Haupt-
straße 9. B.-Baden, Jagdhofstraße 12. Rastatt, Rosenstraße 2. Offenburg, Republikstraße 4

Nummer 300

Karlsruhe, Mittwoch, den 24. Dezember 1930

50. Jahrgang

„Friede auf Erden!“

„Friede auf Erden“ — das ist der Sehnsuchtschrei der unter Krieg, Bürgerkrieg, Ausbeutung und Sklaverei leidenden Menschen, der alle Jahre wieder einmal, in der Zeit des Winterfestes und der Winternot aus den Seelen gebrochen ist, um dem Weihnachtswunder tiefsten Ausdruck zu verleihen.

„Friede auf Erden“ — das ist die Weihnachtsmelodie, die das Fest seit Jahrtausenden zu der großen Feierstunde des Jahres macht.

„Friede auf Erden“ — das ist die feierliche Explosion einer friedlosen Zeit, die zwar zwei Jahrtausende hinter uns liegt, die jedoch in ihrer Verzweiflungssituation und in ihrem wilden Sehnen an unsere Tage gemahnt.

Im Jahr 1 vor Christi Geburt, als der Procurator von Syrien im Auftrag des römischen Kaisers die jüdische Bevölkerung zur Steuerveranlagung in ihren Geburtsort befehligt, liegt diese Verzweiflung und dieses Sehnen wie eine Riesentafel über dem jüdischen Volk.

Seit Jahrzehnten gibt es keinen Frieden in der Welt. Das alte Rom hat mit seinen Legionen die ganze „alte Welt“ um das Mittelmeer niedergeworfen und seine Kastelle von Gibraltar bis Athen und Afrika hinausgedehnt.

Der römische Gouverneur ist Herr über die Provinz. Er spricht und beugt das Recht, wie es ihm gefällt. Eine große Festung spannt sich von Jerusalem nach Rom. Von den Provinzen aus aber wird ein ständiger Kleinkrieg gegen die „Barbaren“ im Norden und Osten geführt.

Dazu raft seit Jahrzehnten der Bürgerkrieg als Bürger der kleinen Leute, der zum Kriegsdienst gepreßten Soldaten und Proleten durch das Römische Reich. Die Herrschaft der „Roma eterna“, die Marius, Brutus und Octavian jagen als Kandidaten der Erbschaft Julius Cäsars ihre Divisionen gegeneinander, daß sich die Leichenberge bei Philippippi und Actium häufen. Kleopatra, die große Nymphe, aber treibt den Sinnentwurf ihrer Zeit auf die Spitze, so daß dem „zahlenden und schaffenden“ Volk vor Ekel der Atem vergeht. Der Staat aber braucht Geld für seine Kriege, und so befehligt der Gouverneur der jüdischen Provinz zur Erhebung des „Notopfers“ jeden Landesbewohner in seine Heimat, daß „er sich schämen ließe in seiner Stadt“.

In dieser Seelenqual gebiert das Judentum den „Seligmacher“, den Heiland, der der Welt den Frieden auf Erden bringen soll. — — —

„Im Westen nichts Neues...“

Leben wir nicht in einer ähnlichen Zeit? Das größte Blutbad der modernen Geschichte liegt hinter uns. Noch sind die Opfer bei Ypern und bei Verdun nicht vergessen, noch stößt die ganze Welt unter der materiellen Last, die ihr der Irrsinn des Weltkrieges gebracht hat!

Und doch fladert der Haß und der Wille zum Krieg aus dieser toten Zeit wieder empor!

Die Not liegt wie ein Festschlag über der Welt.

Der englische Erzähler Josef Conrad berichtet einmal von einem Schiff, das wegen lähmender Windstille einem tieferverkeimten tropischen Hafen nicht zu entkommen vermag. Die Mannschaft wird mutlos und zermürbt und die Krankheit befallt einem nach dem andern, weil die Flaute das Schiff festlegt wie einen Pflock.

In so einer Flaute voll Festgestank und Kriegsgeschrei liegt heute das deutsche Volk.

In Berlin wagt ein Theaterbesitzer, den Film des jungen Erich Maria Remarque „Im Westen nichts Neues“ zu geben. — Schon brüllt der heisere Schrei der Nationalisten wie ein böser Irrsinn durchs ganze Land.

Der Schrei hebt jedesmal ein, wenn im Tonfilm die 17-jährigen Jungen aufbrüllen, sobald ein Granat-Volltreffer den Unterstand in seinen Grundfesten durcheinanderwirft. Jedesmal, wenn eine neue Granate detoniert, schrillt es auf aus den Kinderstimmen — wie eine bittere Klage gegen den Krieg.

Das gefällt den Hehern nicht. Das ist ihnen zu wenig heroisch, zu menschlich, zu feig!

Jeder aber, der selbst dabei gewesen ist, weiß, daß dieser Film trotz seiner Realistik die Wirklichkeit noch lange nicht erreicht. Wenn da einer umfällt und ein paar Minuten schreit, dann glauben die Zuhörer, der Mann wäre jetzt tot. In Wirklichkeit lebt ein angeschossener Soldat zwischen den Fronten des größten aller Kriege, sicherlich noch einige Zeit — einige Stunden — einige Tage, es hat sogar weleje gegeben, die haben noch wochenlang gekriecht — im „Niemandland!“

Jeder, der dabei gewesen ist, weiß, daß man das „Trommelfeuer“ im Film nicht annähernd darstellen kann. Im Film dauert es vielleicht drei Minuten. In Wirklichkeit acht lange Tage und acht lange Nächte. In Wirklichkeit kommt man ja auch dieses Trommelfeuer ohne Mittag- und Abend-

essen, ohne warme und kalte Getränke, weil die Annäherungsgraben zerhöhlen, die Feldküchen zerschlagen sind.

In Wirklichkeit ist der Krieg also noch viel, viel schrecklicher, als man ihn je in einem Tonfilm darstellen kann.

Wenn sie draußen vor dem Theater am Rollendorfsplatz lärmten und schreien, dann beweisen sie nur, daß keiner von ihnen vom wahren Gesicht des Krieges nur eine blaße Ahnung hat.

Weihnachten über Deutschland — aber die Friedensbotschaft eines der Jungen wie dieser Erich Maria Remarque wird niedergebrellt!

Die „Welt in Waffen“

Gewiß, die um uns herum sind auch nicht besser als wir. Sie sprechen vom Schiedsgericht und vom Völkerfrieden und dabei starrt die Welt in Waffen von Tokio bis Neuport. Vergeblich müht man sich in der vorbereitenden Abrüstungskommission um ein Rüstungs-kompromiß. Vergebens sucht man wenigstens die Flottenrüstungen der „Großmächte“, vor allem Frankreichs und Italiens, auf eine vernünftige Norm zu bringen.

Friedlos ist die Welt — heute genau noch wie vor zweitausend Jahren! Friedlos ist das Bild, das man von den modernen „Militärstaaten“ empfängt.

Die Vereinigten Staaten, die vor jembder Invasion geschützt sind und sich mit der Küstenverteidigung begnügen könnten, haben sich die neben England größte Flotte der Welt zugelegt. Der Heeresetat beträgt nahezu 450 Millionen Dollar. Im Kriegsjahr sollen 18 Millionen bewaffnet und ausgerüstet werden. 1000 Kriegsfugzeuge sind jederzeit startbereit. Tausend sollen als Reserve verfügbar sein.

Frankreich unterhält die größte Landmacht der Welt. Das Heeresbudget beträgt nahezu 6 Milliarden Francs. Die „aktive Armee“ 626 000 Mann. Im Kriegsjahr werden 4 1/2 Millionen ins Feld gestellt werden. Die technische Ausrüstung ist enorm: 35 000 Maschinengewehre, 367 leichte Batterien, 408 schwere Batterien, 5800 Tants, 2100 Kriegsfugzeuge.

Das militärische Rußland bildet den anderen Gegenpol. Es besitzt das stärkste Heer des asiatischen Kontinents. Die rote Armee zählt zurzeit 562 000 Mann. Die Kriegsstärke wird auf 6 Millionen angegeben. Auch die technische Ausrüstung ist trotz der schwachen russischen Kriegsindustrie außerordentlich groß: 10 000 leichte und 5500 schwere Maschinengewehre, mehr als 300 leichte und 120 schwere Batterien, etwa 1000 Tants und 100 Kriegsfugzeuge.

England hat seine Heeresausgaben zwar seit der Uebernahme der politischen Macht durch die Labour Party nicht unwesentlich verringert. Immer noch besitzt es jedoch mit der USA die stärkste Flotte der Welt. Die Luftwaffe ist mit 851 Flugzeugen erster Linie und 656 Reserve-Flugzeugen vertreten. Die technische Ausrüstung des 144 000 Mann betragenden Berufsheeres ist ganz außerordentlich.

Der nächste Krieg

Dabei wird zweifellos der nächste Krieg, falls er sich nicht vermeiden läßt, der grausamste und schrecklichste sein. Die Durchschlagskraft der Sprengbomben hat man seit dem großen Stahlbad von 50 Kilogramm auf 1800 Kilogramm erhöht. Eine dieser Bomben ist in der Lage, einen ganzen Häuserblock umzuwerfen. Die „Gaswirkung“ ist durch die Erfindung neuer „Kampfstoffe“ außerordentlich gesteigert worden. Senigas und Lewisit machen jede Maske illusorisch. Die Bevölke-

rung müßte sich förmlich in gasdichte Anzüge hüllen, um nur wenige Stunden eines Gasangriffs zu überdauern.

Professor Angelle, der Fachmann für die Gasrüstung beim Völkerbund, hat erklärt, daß keine Festung, kein Panzer den modernen Explosivstoffen widerstehen könnten. Die tödlichen Gase könnten zukünftig jede geschützte Stellung erreichen.

Graf Halsburn aber hat im englischen Unterhaus erklärt, daß 40 Tonnen Diphenylcyanurin genügen, um die ganze Bevölkerung Londons zu vernichten.

Der deutsche General Ulrich erklärt gnäsig im Militär-Wochenblatt, daß im zukünftigen Krieg die wichtigsten Großstädte und Industriezentren durch Bombardierung mit giftigen Gasen lahmgelegt werden müßten. Dieses Kampfmittel werde „in der Regel“ die „Einleitung“ eines neuen Krieges sein.

Der Bürgerkrieg

Dabei raft wie vor zweitausend Jahren durch das Gebiet des alten Rom unerbittlich der Bürgerkrieg durch den europäischen Kontinent.

In Rußland, in Polen, in Rumänien, in Bulgarien, in Ungarn, in Italien und in Portugal herrscht das Militär über das Volk und den Staat.

Auch in Südamerika hat die Welle des Bürgerkrieges die größten Staaten wie Argentinien und Brasilien ergriffen. Und ringsum wird mit der Feldkanone und mit dem Maschinengewehr um die politische Macht gekämpft.

Zur Farce ist dieser Bürgerkrieg vor allem in der „Union der Sowjet-Republiken“ geworden. Augenblicklich erschließt die Sowjetregierung nach einem mehr oder minder umfangreichen und legalen Gerichtsverfahren — wie ein Bericht Kerenstis durch namentliche Aufzeichnungen beweist — mindestens fünf Personen pro Tag! Die bisherigen Todesopfer der G.W. haben nach einer Statistik der Anlagenschrift „La Russie nue“ (Das nackte Rußland), die Banait Ikrati kürzlich herausgegeben hat, im letzten Jahrzehnt die Ziffer von 10 000 längst überschritten. Tausende von „Spezialisten“, d. h. von Ingenieuren, Studenten und Technikern sind erschossen oder auf die Soloweki-Inseln deportiert worden.

Die widerstrebende bäuerliche Bevölkerung aber wird von den örtlichen Sowjets in stiller Arbeit „bezimert“.

Krieg und Bürgerkrieg sind also die Geißeln der Menschheit, soweit sie dem Geist der Gewalt, des Völkerverhaßes und Klassenhaßes unterworfen sind.

Nur in wenigen Kulturstaaten wie in England und Deutschland kämpft das Proletariat noch seinen zähen Dauerkampf gegen Ausbeutung und Krieg.

„Friede sei mit euch!“

„Friede sei mit euch!“ — das ist die Botschaft der ersten Christen gewesen, deren geistige Gemeinschaft auf der Weihnachtsgeschichte von Bethlehäm fußt.

„Friede sei mit euch!“ — aber ist, in die Worte des proletarischen Evangeliums übersetzt, der Sinn jeder sozialistischen Botschaft, sei es, daß sie in Deutschland, in England oder Frankreich, oder im fernen Amerika oder Asien ergeht.

„Friede auf Erden“ aber wird auch in Zukunft das weithin leuchtende Janal der arbeitenden Menschen sein — als die härteste und sieghafteste Idee des um seine Menschwerdung ringenden Proletariats!



Europäischer „Friedens“bringer

Deutsche Weihnachten 1930

Die Kommunisten beabsichtigen am 24. Dezember fast in allen Teilen des Reiches sogenannte Hungerproressionen. Die Kundgebungen sollen nach einheitlichen, von der Zentrale der KPD in Berlin offerierten Richtlinien durchgeführt werden. Die Herren Bolschewisten sehnen sich nach einem neuen Klamaut.

Inzwischen sind in einem großen Teil der deutschen Städte für den 24. Dezember alle Veranstaltungen unter freiem Himmel verboten worden. In der Reichshauptstadt hat der Polizeipräsident über das bereits vor mehreren Tagen erlassene Verbot von Veranstaltungen unter freiem Himmel hinaus durch die Bereitstellung verstärkter Polizeiaufgebote am Abend des 24. Dezember noch besondere Fürsorge zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung getroffen.

Fröhlich Pfalz...

Pirmasens, 23. Dez. Hier war ein parteipolitischer Streit um den Weihnachtsbaum für Alle entstanden, der nun durch den Stadtkommissar dahin entschieden wurde, daß mit Rücksicht auf die zu befürchtenden kommunistischen Störungsversuche sowohl die Aufstellung des Baumes als auch die Abhaltung der am Weihnachtsabend dort geplanten Feste verboten sind.

Landau, 23. Dez. Bei einer Auseinandersetzung in der letzten Nacht zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten entstand eine Schieberei, bei der der Kommunist Balzer aus Landau durch einen Steinwurf verwundet wurde. Die Ermittlungen der sofort einrückenden Polizei haben als Täter den Kraftwagenführer Tretten, der der Nationalsozialistischen Partei angehört, ermittelt. Beide Teile sollen stark geschockt haben und dann auseinander gestoben sein. Der Verwundete soll den Treppen mit einem Beil bedroht haben, worauf dieser aus Notwehr geschossen haben soll.

Frankenthal, 23. Dez. Am Samstagabend sollte in Kobheim in der Wirtschaft „Zum grünen Baum“ eine Kommunistenversammlung abgehalten werden, in der ein auswärtiger Redner sprechen sollte. Es war jedoch beabsichtigt, in dieser Versammlung eine Ortsgruppe des Kampfbundes gegen den Faschismus zu gründen. Da sich zu dieser Versammlung auch Kommunisten aus Ludwigshafen, Frankenthal, Oppau und Worms einfanden wollten, wurde ein Gendarmeaufgebot von 101 Mann und ein Zug Schupo von Kobheim herbeigeholt. Gegen 8 Uhr abends wurde von diesen ein von Ludwigshafen kommendes vollbesetztes Lastauto mit Anhänger angehalten. Bei der Durchsichtung der Kommunisten wurden ein Redaktor, ein Dolmetsch und mehrere Todschläger beschlagnahmt. Das Auto und der Anhänger wurden ebenfalls beschlagnahmt und im Gefängnis in Frankenthal eingekerkert, bis sie Sonntagabend wieder freigesgeben wurden.

Nationalsozialistisches Waffenlager

Die Münchener Post berichtet von einem reichen Fund, den Reichsbannerleute bei den Nationalsozialisten machten. Sie nahmen den Waffentragern ein ganzes Waffenlager ab und übergeben es ordnungsgemäß der Münchener Polizeidirektion. Darunter befand sich ein komplettes Maschinengewehr, zwei Maschinenpistolen, für tausende von Schüssen, alle Ersatzteile, wie Reservelampe, ein Reservecyclus, Küchelpfosten und Werkzeugkasten.

Die Münchener Polizei veröffentlicht zu der Meldung der Münchener Post eine reichlich verworrene Sachdarstellung. Sie muß die Behauptung der Münchener Post im großen und ganzen bestätigen, bemerkt aber gleichzeitig, daß ihr der Standort des Maschinengewehrs schon vorher bekannt gewesen sei. Das Maschinengewehr sei schon am 14. Dezember von einem Reichsbannermann den Söhnen eines Werkmeisters unter unwahren Angaben herausgeholt und in einem Wald in der Nähe Münchens versteckt worden. Nun soll gegen die Reichsbannerleute ein Strafverfahren eingeleitet werden.

Kommunistische Lügenmeldung

In der kommunistischen Presse wird behauptet, daß zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten durch Vermittlung des Führers der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, ernsthafte Verhandlungen über den Eintritt der Nationalsozialisten in die Reichsregierung geführt werden. Der Unsinn dieser Behauptung ergibt sich schon daraus, daß Dr. Dingeldey sich seit mehr als acht Tagen zur Erholung in der Schweiz aufhält. Abgesehen davon lehnt die Zentrumspartei zur Zeit noch grundsätzlich jede Verhandlung mit den Nationalsozialisten über deren Eintritt in eine Koalition ab.

Ein Schandurteil

Aus Glogau wird berichtet: In einem Prozeß gegen den schlesischen Gau-S.A.-Leiter der nationalsozialistischen Partei, Kremser, vor dem Glogauer Schöffengericht sprach der Vorsitzende ein Urteil, das mit seiner Beurteilung als unerhört bezeichnet werden muß. Kremser soll in einer Verurteilung gesagt haben: Die Republik sei auf Meißel und Hochverrat aufgebaut. Fünf jüdische Konserne regierten sie. Der Aufruf des Reichspräsidenten anlässlich der Unterzeichnung des Young-Planes sei ebenso lügenhaft wie der der Volksbeauftragten von 1918. Jedesmal, wenn Kremser das Wort „Republik“ gebrauchte, drehte er mit einer nicht mißzuverstehenden Geste den Zuhörern den Rücken zu.

Belaftet wurde der Angeklagte durch zwei die Verurteilung überwachende Polizeibeamte und mehrere neutrale Zeugen. Das Gericht schenkte jedoch den Entlastungsversuchen, Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei, mehr Glauben und sprach den Angeklagten frei.

In der Urteilsbegründung erklärt Landgerichtsdirektor Rau, die Polizeibeamten hätten bestimmt nur, um den Angeklagten zu schaden, zusammenhanglose Sätze aus seiner Rede herausgeriffen. Die Revolution sei in der Tat Meißel und Hochverrat gewesen, denn die Revolutionäre von 1918 hätten durch Streik und Soerung von Munition- und Lebensmitteltransporten die Truppe wehrlos gemacht. Daß der Angeklagte nicht nur die Revolution, sondern die gegenwärtig bestehende Staatsform gemeint habe, sei nicht voll erwiesen, ebensowenig, daß eine auf Etel hinweisende Geste mit dem Wort Republik wirklich in einen Zusammenhang zu bringen sei.

Ein solcher Richter gehört am Schopf gepakt und aus dem Gerichtsgebäude alant hinausgeworfen. Solche Richter erniedrigen die deutsche Justiz zur willkürlichen Diktate für notorische Staatsfeinde. Berlin, 24. Dez. (Kundendienst.) Der preussische Justizminister hat in Sachen des ungläubigen Urteils Gau-Glogau vom Präsidenten des Breslauer Oberlandesgerichts beschleunigten Bericht angefordert. Außerdem hat der Staatsanwalt, um eine Korrektur des Urteils zu erwirken, sofort Berufung gegen die Freisprechung des Nazi-Anführers eingelegt.

Einreiseverweigerung des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Mützenberg in die Schweiz

Wie der Baller Bernwärts meldet hat das Schweizer Konsulat in Berlin dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten Mützenberg, der an einer öffentlichen Kundgebung der Internationalen Arbeiterhilfe am Montag in Basel referieren sollte, die Bewilligung zur Einreise in die Schweiz verweigert.

10 Millionen hungern

Wann erfolgen endlich notwendige Maßnahmen?

Die Arbeitsmarktlage im Reich

W.F.A. meldet: In der ersten Hälfte des Monats Dezember hat nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Zunahme der Arbeitslosigkeit aus überwiegend jahreszeitlichen Gründen weiter angehalten, jedoch nicht das gleiche Ausmaß erreicht wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Hauptunterstützungsempfänger zeigen vom 30. November bis 15. Dezember eine Zunahme um rund 158 000 auf rund 1 946 000 in der Arbeitslosenversicherung, um rund 37 000 auf rund 603 000 in der Krisenfürsorge. In der entsprechenden Zeit des Vorjahres belief sich der Zugang an Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 1 433 000 erreicht wurde. Die Zahl der Arbeitslosen belief sich am 30. November auf rund 3,7 Millionen (berichtigte Zahl); bei der Zählung am 15. Dezember ergab sich ein Anwachsen um rund 278 000 auf rund 3 977 000. Die entsprechende Zahl Mitte Dezember des Vorjahres belief sich — nach einer Zunahme um rund 328 000 — auf rund 2 382 000. Ein nicht genau erfassbarer Teil der Ueberhöhung der Arbeitslosenziffer gegenüber dem Vorjahr beruht auf der besseren Erfassung der Wohlfahrtskassenarbeitslosen, sowie auf den von der wirtschaftlichen Not erzwungenen Andrang zahlreicher früher nicht als Arbeitnehmer tätigen Kräfte zum Arbeitsmarkt.

Rund gerechnet, haben wir also im Reich vier Millionen Arbeitslose und 62 Prozent davon, d. h. 2 550 000 Unterstüht in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge. Das sind unglaublich hohe Ziffern.

Zweidreiviertel Millionen Unterstüht am Ende des Jahres, — die Prognoseeinzugungen, die das Jahr 1930 als Katastrophenjahr ankündigen, haben sich nur allzusehr bestätigt — und man muß die Reichsregierung sehr nachdrücklich fragen, ob und wann sie denn nun endlich einmal etwas zur Eindämmung dieses Elends unternimmt. Das Arbeitslosenhver wartet noch immer darauf, wann die Regierung denn gegen die strukturelle Arbeitslosigkeit endlich mit strukturellen Maßnahmen vorgeht.

Die Arbeitslosen warten noch immer auf die von den Gewerkschaften geforderte Verkürzung der Arbeitszeit. Die Art und Weise, wie diese Forderung bis jetzt von der Regierung nicht respektiert wurde, wirkt befremdlich. Man dürfte erwarten, daß wenigstens von dem Augenblick an, in dem zu erkennen war, daß die Kombination Lohn und Preisabbau als arbeitsmarktpolitisches Experiment versagte, das Problem der Arbeitsfreudung durch Arbeitszeitverkürzung ernsthaft angepaßt würde. Nichts von alledem ist jedoch eingetreten.

Das alte Jahr geht zu Ende, ohne daß eine arbeitspolitische Tat erfolgt wäre. Wird die Regierung sich nun endlich im neuen Jahr zu einem Entschluß aufraffen? Wie lange will sie noch warten? Genügt ihr die erschütternde Tatsache, daß 10 Millionen Menschen unter dem Druck der Arbeitslosigkeit in Deutschland hungern und darben, noch nicht? 10 Millionen Menschen stöhnen unter dem Arbeitslosenhver. Unter den vier Millionen Arbeitslosen sind rund zwei Millionen Menschen verheiratet. Rechnet man auf jeden verheirateten Arbeitslosen zwei Kinder und eine Frau, so kommt man auf acht Millionen Köpfe, und zählt man die zwei Millionen alleinlebenden Arbeitslosen hinzu, dann ergibt sich, daß von 64 Millionen Menschen rund ein Fünftel der deutschen Bevölkerung am Hungertuch nagt.

Ein Wunder ist es, daß trotz dieser großen Not in Deutschland noch verhältnismäßig alles ruhig bleibt. Man muß sich vorstellen: Tausende von Arbeitslosen sehen keinerlei Hoffnung vor sich, in absehbarer Zeit wieder einmal in Arbeit zu kommen; Millionen sehen nirgends Initiativen der Regierung in der Frage der Arbeitsbeschaffung. Es wird nur geredet und verhandelt. So ist z. B. auch die Frage der Verlängerung der Schulspflicht allmählich so gut wie tot geredet worden.

Es geschieht auch nichts Durchgreifendes, um die soziale Not der arbeitslosen Millionen zu lindern. Der Arbeitslose braucht gewiß zu allererst Brot, aber er lebt keineswegs von Brot allein. Auch er braucht Zerstreuung und Ablenkung, wenn er nicht in seiner kalten Stube oder in einer ärmlichen Wärmehalle, wo einer dem anderen auf den Nerven herumtritt, rabiat und irrsinnig werden soll. Es ist das größtmögliche Armutszugnis unserer kulturlosen Zeit, daß sie es bis jetzt noch nicht einmal verstanden hat, dem Arbeitslosen während seiner erzwungenen Untätigkeit wenigstens durch etwas anregende Darbietungen irgend welcher Art, sei es durch Film oder Vorträge, oder Vorträge usw., seine Notlage ein klein wenig zu erleichtern.

Unsere Kulturinstitute, vor allem die republikanischen, sollten schleunigst eine Art Kartell bilden, damit in Verbindung mit den Gewerkschaften Schritte unternommen werden, um den Arbeitslosen neben der materiellen auch eine geistige Unterstüht zuteil werden zu lassen. Vor allem aber muß sich die Regierung dem größten Problem zuwenden, der Arbeitsbeschaffung.

Wirtschaftskonferenz in Oslo

In Oslo tagt augenblicklich eine Wirtschaftskonferenz, auf der die Regierungen von Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und Belgien vertreten sind. Die Konferenz verdient Beachtung, weil sie möglicherweise den Ausgangspunkt einer neuen Phase der europäischen Politik bilden kann, mindestens soweit die genannten Staaten in Betracht kommen.

Als Zweck der Konferenz wird angegeben: Förderung der wirtschaftlichen Annäherung zwischen den fünf beteiligten Ländern im Geiste der Genfer Wirtschaftsverhandlungen. Sie wurde einberufen, weil die genannten Länder vorläufig an einem praktischen Erfolge der in Genf angestrebten internationalen Wirtschaftsverständigung zweifeln und zunächst einmal in kleineren Rahmen über gewisse Fragen eine Verständigung herbeiführen wollen. Daß die Länder dabei vor allem ihre eigenen Wirtschaftsinteressen im Auge behalten, ist selbstverständlich.

Zusätzlich wird die Konferenz zur Unterzeichnung einer Abkommens führen, das zunächst eine Erhöhung der Zolltarife für die betreffenden Länder erschwert. Erhöhungen sollen in Zukunft nicht ohne vorherige Beratungen unter den fünf Ländern vorgenommen werden. Außerdem wird in dem Abkommen bestimmt werden, daß für den Fall, daß der eine oder andere Staat zu wirtschaftlichen Abwehr- oder Vergeltungsmaßnahmen gegen andere Länder genötigt werden sollte, dafür zu sorgen ist, daß den genannten Vertragsländern kein Nachteil daraus erwächst. Schließlich sollen sich die fünf Vertragsländer zu einem, allgemeinen gegenwärtigen Bestand der internationalen Wirtschaftsverhandlungen oder bei Wirtschafts- und Zollkonflikten mit anderen Ländern verständigen.

Grenzsperrern wegen Arbeitslosigkeit

Die falschen Rezepte der kapitalistischen Wirtschaftsmächte Buenos Aires, 23. Dez. (Eig. Ber.) Die argentinische Regierung hat zur Linderung der Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise die Erhöhung der Passgebühren von 3 auf 33 Goldpeleca (ca. 110 M) angeordnet. Alle Konsularverordnungen sind angewiesen, die Auswanderer nach Argentinien auf die schlechte Arbeitsmarktlage in diesem Lande hinzuweisen.

Paris, 23. Dez. (Eig. Ber.) Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit in Frankreich, die zwar nach der amtlichen Statistik kaum die Ziffer 5000 erreicht hat — wobei allerdings die ausländischen Arbeiter und die Kurzarbeiter nicht mitgezählt sind — hat sich das französische Arbeitsministerium zu scharfen Abwehrmaßnahmen entschlossen. Die Einreise ausländischer Arbeiter soll in Zukunft grundsätzlich untersagt werden. Weiter soll die Kontrolle über Ausländer, die in Frankreich leben, außerordentlich verhärtet werden. Arbeitern, die als annehmbare Touristen eingereist sind, ist in Zukunft keine nachträgliche Einreisegenehmigung mehr erhalten.

Rechtshkurs in Danzig

Danzig, 23. Dez. (Eig. Draht.) Die Verhandlungen der politischen Parteien zur Neubildung des Senats stehen nach noch keinem Einverständnis und der endgültig vor dem Abbruch. Der bisherige Präsident des Senats, D. Salm, kehrt nicht wieder. An seine Stelle tritt der von den Deutschnationalen in Vorschlag gebrachte Staatsrat Dr. Fiehm. Das Zentrum hat sich den deutschnationalen Wünschen gefügt, nachdem ihm der Vorschlag des Verfalls der Amtseinführung des Reichspräsidenten des Senats ausgesetzt wurde. Unentschieden ist vorläufig der Streit um die Befegung des Senats des Kultusministeriums. Die Nationalsozialisten haben der kommunistischen Regierung mit Einschluss des Zentrums bereits ihre Unterstützung zugesagt.

Trochli schwer erkrankt

Berlin, 24. Dez. (Kundendienst.) Trochli, der sich seit seiner Wundheilung in Konstantinopel aufhält, ist seit einigen Tagen schwer erkrankt. Es wird das Schlimmste befürchtet.

Discount d'Abernon zur Wirtschaftskrise

London, 23. Dez. Der ehemalige britische Botschafter in Berlin, Discount d'Abernon, erklärte, die gegenwärtige Wirtschaftskrise sei die schlimmste und unvernünftigste, die in der Geschichte je vorgekommen sei. Ein gemeinschaftliches Vorgehen der größeren Goldwährungsländer würde eine ausserordentliche Besserung bringen. Angemessene Beschlüsse der Hauptzentralbanken würden die wirtschaftliche Lage der Welt innerhalb eines Monats ändern können.

Vom Himmel hoch

Vom Himmel hoch, da komm ich her —
Zweitausend Jahr dieselbe Mär —
Die Esse dampft, der Rauch zerrinnt
In der Manierde weint das Kind.

Vom Himmel hoch bring ich das Licht
Der Liebe, die den Boh verbirgt.
Bring keinen Schick, kein Gut und Geld
Bring nur den Frieden für die Welt.

Vom Himmel ist ein weiter Weg,
Durch tausend Schloße geht der Steg.
Durch der Hölle Feuerschein,
Ein dünner Glanz der Ewigkeit.

Pieter Pott.



Freistaat Baden

Der Ladenschluß am Heiligabend

Der Minister des Innern hat die Polizeibehörden darauf hingewiesen, daß auch in diesem Jahre die Bestimmungen des Gesetzes über den Ladenschluß am 24. Dezember möglichst reibungslos durchzuführen seien. Umgehungen des Gesetzes durch unbefugten Warenverkauf in Gast- und Schaumwirtschäften, Friseurgeschäften, im Straßen- und Hausverkauf usw. soll nach Möglichkeit entgegengewirkt werden. Aufgrund des § 65 der Gewerbeordnung wird auch für dieses Jahr bestimmt, daß bei den am 24. Dezember 1930 stattfindenden Messen und Jahrmärkten der Geschäftsbetrieb nicht über 17 Uhr hinaus ausgedehnt werden darf.

Eine parlamentarische Lausbuberei und Hanzwursterei

Der Führer von gestern abend berichtet: Die Nationalsozialisten im Landtag haben folgenden Antrag eingebracht: **Badischer Landtag Nationalsozialistische Fraktion** Sitzungsperiode 1930/31

Antrag Nr. 33

Der Landtag wolle beschließen, der nationalsozialistischen Fraktion sechs **Gummihüpfel** auf Staatskosten zur Verfügung zu stellen, damit sie sich gegen die Angriffe der roten und schwarzen Marxisten auf die ihr aufgewandene Art und Weise wehren kann.

Karlsruhe, den 22. Dezember 1930.

J. M. Kraft.

Das ist eine parlamentarische Lausbuberei und sonst nichts. Das sei hiermit vor aller Öffentlichkeit gesagt.

Was um es im Landtag zur Schlägerei kam?

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter schreibt uns: Seltsame Frage: warum es im Landtag zur Schlägerei kam? Als ob dies so sein müßte! Vielleicht darf aber auf Grund persönlicher Beobachtung an den letzten Sitzungstagen gesagt werden, daß die politische Luft bedenklich schwül war. Man stelle sich vier lange Tage äußerst erregter Verhandlungen vor; bei jedem Tagesordnungspunkt plähen die politischen Gegensätze heftig aufeinander. Der Parlamentsstempel ist überheißt, er springt!

Dazu 10 Fraktionen! Jede will bei den einzelnen Punkten zu Wort kommen, die Verhandlungen über oft weniger wichtigen Sachen denen sich ins Unendliche!

Schulbeispiele: Die Bauerngenossenschaftsaffäre von Dreißweier sollte in kurzer Zeit erledigt sein; sie nahm im Plenum mehr als vier Stunden in Anspruch; die Nebenbeschäftigung der Beamten (Antrag Schmittbender) konnte in einer halben Stunde zur Sprache gebracht sein; der Landtag brauchte drei Stunden. Ist es da verwunderlich, wenn es sogar im badischen Landtag einmal zu Tätlichkeiten kam?

Hauptursache ist aber doch das provozierende und überaus dreiste Verhalten der 5 nationalsozialistischen Abgeordneten. Sie schlagen auf diesem Gebiet jeden kommunalistischen Reform! Ob es Zwischenrufe gegen die anderen Abgeordneten sind oder gegen Regierungsvertreter, immer muß sich das Haus mit ihnen beschäftigen. Die erfolgte Ausweisung eines Abgeordneten und der Beginn der Schlägerei am letzten Sitzungstag ist auf das Konto der Nationalsozialisten zurückzuführen.

Diese Leute haben den Parlamentarismus entwürdigt und herabgezogen, das Parlament seiner früheren Autorität für den Wähler und Staatsbürger entkleidet.

Die politische Arbeit der Nationalsozialisten besteht aus der Fabrikation von ellenlangen Anfragen und Anträgen — es sind ja jetzt bereits 100 — und aus provozierenden Reden! Das ist alles!

Wenn der nationalsozialistische Abg. Köhler in voriger Woche sich hinstellt und öffentlich erklärt: „Die Regierung regiert und die Opposition schaut ihr einfach zu!“ dann ist das ein parlamentarischer Verstoß, das allem Parlamentsstand die Krone aufsetzt.

Es scheint, daß allmählich nicht nur der Deutsche Reichstag, sondern auch die Länderparlamente unfähig werden zu tagen! Legen Endes trägt natürlich das Gros der Wähler, die solche Leute in die Parlamente senden, die Schuld an den beklagenswerten Vorkommnissen.

Errichtung eines Hafenamts in Kehl

Durch Verordnung des Staatsministeriums vom 20. Dezember wird in Kehl am 1. Januar 1931 zur Verwaltung der staatlichen Hafenanlagen ein dem Minister der Finanzen unterstelltes Staatsbüro mit der Bezeichnung „Badisches Hafenamts Kehl“ errichtet. Eine weitere Verordnung des Ministers der Finanzen vom gleichen Tage betrifft die Hafenvollverwaltung für den Hafen in Kehl. Darnach erhält § 2 folgende Fassung. Die Hafenvollverwaltung wird von dem badischen Hafenamts in Kehl unter Aufsicht der badischen Hafenvollverwaltung in Mannheim ausgeübt, deren Vorstand Hafenamtskommissar im Sinne des Artikels 27 der Rheinischfältrische Hafenverwaltungsgesetz sind der Vorstand des Hafenamts oder sein Stellvertreter und die Hafenvollverwalter. Sie werden von dem Vorstand der badischen Hafenvollverwaltung in Mannheim amtlich verpflichtet und mit Ausweisarten versehen. Ueber die Befugnis, Strafverfügungen zu erlassen, bestehen besondere Vorschriften.

Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

Unverminderte Depression

Das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland teilt über die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1930 mit: In der ersten Dezemberhälfte ist die Beschäftigung des südwestdeutschen Arbeitsmarktes um fast 14 000 Personen gesunken. Am 15. Dezember waren bei den Arbeitsämtern insgesamt 217 567 Arbeitsuchende eingeschrieben gegen 203 647 am Schlusse des November. Der größte Anbruch kam wieder aus dem Baugewerbe, dessen Arbeitslosenzahl um 3170 Facharbeiter und 1549 Hilfsarbeiter anwuchs, und aus der Metallindustrie, die einen Zustrom von 2633 getrennten und ungetrennten Arbeitern brachte. Verhältnismäßig stark waren auch die Zugänge in der Landwirtschaft, in der Papierindustrie und im Bekleidungs-gewerbe. Die vom Reichsarbeitsamt ausgehende Entlastung war sehr gering und der saisonmäßige Beschäftigungsrückgang in den Außenberufen und die wirtschaftliche Depression hat unvermindert anhefteten. Besonders stark waren in der Reichsseite die Zugänge an Unterhaltungsbeschäftigten. Die Zunahme der Baumunterhaltungsbeschäftigten betrug in der Arbeitslosenversicherung 8277 und in der Arbeitslosenversicherung 870 Personen. Die Gesamtzunahme betrug demnach zu gleichen Teilen auf Württemberg (+ 4583) und Baden (+ 4564).

Aus aller Welt

Wieder Kaffeeschmuggel im Hamburger Freihafen?

Hamburg, 23. Dez. Nach Wittermeldungen ist im Laufe der letzten Wochen wieder ein umfangreicher Kaffeeschmuggel im Hamburger Freihafen aufgedeckt worden. Wieder wurde, wie im August mit Geheimräumen in Posttrafmann gearbeitet. Die Staatsanwaltschaft soll bereits mit der Untersuchung beschäftigt und eine größere Anzahl Beteiligten dem Untersuchungsamt gemeldet worden sein.

Ueberschwemmungen in Rumänien

Bukarest, 23. Dez. Infolge der außerordentlich heftigen Regengüsse ist der Dniestr aus den Ufern getreten. In der Stadt Cetatea Alba sind infolge der Ueberschwemmungen 40 Häuser eingestürzt; die Stadt mußte schnell geräumt werden. Zwischen dieser Stadt und der benachbarten Stadt Bretila ist der Bahndamm mehrfach völlig unter Wasser worden.

Sturmangriff auf eine Neuyorker Bank

New York, 23. Dez. Die biesige Bank „Chelsea Bank and Trust Company“, deren Depositen etwa 18 Millionen Dollars betragen, und deren Kundhaft sich arbeitslos als Theatretreibern zusammenfand, hat heute ihre Schalter geschlossen. Etwa 300 Depositenkunden, die gekommen waren, um ihre Konten abzurufen, wurden aber von bewaffneten Polizisten zurückgeschickten. Anschließend wurden die Mäntel der Bank im Stadtteil Bronx zu füttern, wurden aber von bewaffneten Polizisten zurückgeschickten. Anschließend wurden die Mäntel der Bank im Stadtteil Bronx zu füttern, wurden aber von bewaffneten Polizisten zurückgeschickten. Anschließend wurden die Mäntel der Bank im Stadtteil Bronx zu füttern, wurden aber von bewaffneten Polizisten zurückgeschickten.

Die Spende für die Opfer in Mosdorf

Für die Hinterbliebenen der bei dem Grabenunfall auf Grube Anna II bei Mosdorf ums Leben gekommenen Bergleute und die Verletzten sind jetzt einschließlich der bisher vom Reich, vom preussischen Staat und vom Schweizer Bergwerksverein bereitgestellten Beträge annähernd 600 000 M. verfügbar. In diesem Betrage sind viele Tausend Einzelfälle enthalten.

Veruntreuungen beim Birmanischer Finanzamt

Birma, 23. Dez. Vor einigen Wochen sind beim biesigen Finanzamt Untersuchungen von Vollstreckungsbeamten bekannt geworden. Der eine von ihnen hat sich nach Aufdeckung seiner Veruntreuungen morgens in seiner Wohnung erschossen. Der andere ging flüchtig und vor Wochen hindurch unbekanntem Aufenthalts Sonntag nach Sit er überlaufend nach Hause gekommen und hat Motias in seiner Wohnung gleichfalls Selbstmord begangen, indem er sich erhängte. Es handelt sich um den Vollstreckungsbeamten Paul Wines. Seine Unterhaltungen sollen sich auf etwa 1500 M. belaufen.

Gleichberechtigung der Frauen in Indien gefordert

London, 23. Dez. Im Wahlrechtsunterauschuss der Konferenz am Runden Tisch traten die beiden weiblichen Delegierten dafür ein, daß den Frauen in Indien wirkliche Gleichberechtigung mit den Männern gewährt würde. Sie forderten auch das Wahlrecht für alle Erwachsenen, erklärten indessen, mit einer Uebermüdigungsperiode einverstanden zu sein.

Wiederaufnahmeverfahren im Fall Bullerjahr zugelagt

Berlin, 23. Dez. Im Falle Bullerjahr hat heute eine Besprechung am Reichsjustizministerium stattgefunden, an der gegenwärtig das Reichsjustizministerium verwaltet, und dem Verteidiger Bullerjahr, Dr. Rosenfeld, Jura, teilnahmen, in der sich der Staatssekretär, wie die Blätter berichten, grundsätzlich mit der Durchführung der Maßnahmen einverstanden erklärte, die eine Wiederaufnahme des Verfahrens vorbereiten könnten.



Werkmeister Bullerjahr.

Der vor Jahren wegen angeblichen Betrugs eines deutschen Rüstungsamts an die Franzosen von Reichsgericht zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde und dessen Anwalt die Verteidigung immer wieder nachzuweisen versuchte. Die Verteidigung verurteilt ein Wiederaufnahmeverfahren durchzuführen, da die Verurteilung auf Grund der Aussage eines Gewährsmannes erfolgte, der überhaupt nicht als Zeuge vor Gericht erschien.

Der Stand an unterrichteten Arbeitslosen war nach der Statistik der Arbeitsämter am 15. Dezember 1930 folgender: In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung waren 105 984 Personen (91 303 Männer, 14 681 Frauen), in der Arbeitslosenunterstützung 22 337 Personen (20 019 Männer, 2318 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten liegt am 9147 oder um 7,7 v. H. von 119 174 Personen (102 543 Männer, 16 631 Frauen) auf 128 321 Personen (111 322 Männer, 16 999 Frauen); davon kamen auf Württemberg 57 080 gegen 52 497 und auf Baden 71 241 gegen 66 677 am 30. November 1930.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland kamen am 15. Dezember 1930 auf 1000 Einwohner 25,5 Hauptunterstützungsmäßigere gegen 15,3 zu gleicher Zeit des Vorjahres. Die relative Belastung der Unterhaltungs-einrichtungen ist in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken sehr verschieden. Die Zahl der Unterstützten beträgt in den vorwiegend landwirtschaftlich orientierten Bezirken Mannheim und Pforzheim und Pforzheim aber mehr als 40 vom Tausend der Wohnbevölkerung.

Advertisement for DANATBANK SPARBUCH. Text: DAS DANATBANK SPARBUCH EIN ZEITGEMASSES WEIHNACHTS-GESCHENK. DARMSTADT UND NATIONALBANK. FILIALE KARLSRUHE (BADEN) KAISERSTRASSE 76. (AM MARKTPLATZ)

Verhaftung der rheinischen Posträuber

Wetzlar, 23. Dez. Zu dem Genolteranschlag auf den Postbeamten Weber aus Kagenfurt bei Wetzlar, der von zwei Männern im Walde von seinem Motorrad geschossen und seiner Geldtasche beraubt wurde, wird weiter gemeldet, daß durch die Zusammenarbeit der Postbehörde und der Polizei wenige Stunden nach dem Ueberfall zwei Männer festgenommen werden konnten, an deren Täterschaft trotz fortgesetzten Leugnens schon deshalb nicht zu zweifeln ist, weil der verletzte Postbote einen von ihnen mit Bestimmtheit wiedererkannt hat. Es handelt sich um einen Tschechen und einen Deutschen aus Dillenburg. Unmittelbare Lebensgefahr für Weber besteht nicht. Man hofft, ihn am Leben zu erhalten.

Glücklicher Revolutionär gewinnt großes Los

Madrid, 24. Dez. (Funkdienst.) Der 4. Hauptgewinn der großen spanischen Lotterie ist dem glücklichen Major Franco zugefallen. Der Gewinn beläuft sich auf rund 230 000 Mark.

Knackerjagd durch Deutschland

Berlin, 23. Dez. Eine ausgedehnte und zum Schluß erfolgreiche Jagd veranstalteten die Polizeibehörden in den letzten Tagen und Nächten auf zwei Geldschrankenbrecher, die in der Nacht nach dem Goldenen Sonntag in dem großen Warenhaus in Würzburg einen Geldschrank aufgeschweißt und dabei 35 000 M. darunter 4000 M. in Bargeld, erbeutet hatten. Da Spuren von den Einbrechern nach Leipzig wiesen, wurde die dortige Polizei von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt. Die Täter waren jedoch von dort nach Wittenberg flüchtend. Die Polizeibehörde nach im Auto nach Berlin gefahren waren. Der Potsdamer Kriminalpolizei gelang es, den Wagen der Einbrecher kurz vor Potsdam anzuhalten und die Täter zu verhaften. 32 000 M. in Banknoten und Bargeld wurden dabei noch vorgefunden. In Hand der Fingerabdrücke konnte festgestellt werden, daß es sich um polizeilich bekannte Einbrecher handelt. Die Festgenommenen werden zur Aburteilung nach Würzburg gebracht.

Urteil im Kauschgift-Prozess Pache

Frankfurt, 23. Dez. Das Gericht verurteilte heute Abend im Prozess Pache folgendes Urteil: Robert Pache wird wegen fortgesetzten Betragens gegen das Opiumgesetz und fortgesetzter Kuppelei zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis, der Dentist Werner Häfeler zu 7 Monaten Gefängnis, der Professor Schmidt zu 7 Monaten Gefängnis und die Krankenschwester Else Richter zu 120 Mark Geldstrafe, alle wegen fortgesetzten Betragens gegen das Opiumgesetz verurteilt. Die Angeklagte Betty Gerhardt wird freigesprochen. Das beschlagnahmte Kokain wird einbezogen. Pache wurden 2 Monate, Häfeler 2 Monate und 2 Wochen und Schmidt 3 Wochen der Untersuchungshaft angedroht.

In der Begründung des Urteils im Prozess gegen Pache und Genossen sagte der Vorsitzende u. a.:

Es ist nicht gelungen, volles Licht in die Angelegenheit zu bringen. Die Kriminalpolizei hat mit großer Umsicht den Fall bearbeitet und sich bemüht, die Täter zu ermitteln, aus denen das Kokain stammte. Die Angeklagte Gerhardt hat sich in vielen Fällen Kokain verschafft und es weitergegeben. In Bezug auf das Kokain, das sie nach dem 13. September 1929 bezogen hat, kommt die Unzurechnungsfähigkeit, die von zwei Sachverständigen dokumentiert wurde, in Frage. Der Angeklagte Pache hat sich zweifellos am schwersten schuldig gemacht. Er hat gegen die ihm obliegenden Pflichten verstoßen. Es waren ihm junge Leute zur sportlichen Erziehung anvertraut. Er hat in mehreren Fällen junge Leute moralisch und sportlich verdorben. Er hat sich auch in mehreren Fällen der Kuppelei schuldig gemacht. Mangels Beweises konnte nicht festgestellt werden, daß der Tatbestand der schweren Kuppelei vorliegt. Der Angeklagte Schmidt ist in gewissem Maße gegen seine Berufspflichten verstoßen. Der Angeklagte Häfeler hat Kokain an die verschiedensten Personen aus den unlauteren Motiven abgegeben.

Neue finnische Schiffskatastrophe

Selkingsfors, 23. Dez. (Eig. Draht.) Die finnische Handelsflotte ist wiederum von einer schweren Schiffskatastrophe heimlich getroffen, die fünf Menschen das Leben kostete. Der finnische Dampfer „Biri“, der sich auf dem Weg von Rotterdam nach Selkingsfors befand, geriet jählich von Desel bei einem Füllbleuchturn auf Grund. Um das Schiff wieder flott zu machen, wurden 30 Arbeiter von der Insel Desel an Bord genommen. Sie sollten die Koksladung über Bord werfen. Als die Arbeiten in vollem Gang waren, brach plötzlich ein furchtbarer Sturm aus, so daß die zur Hilfe herbeieeilten Bergungsdampfer nicht an das Schiff herankommen konnten. Ein Teil der Besatzung wurde in einem Rettungsboot einen der Bergungsdampfer zu erreichen. Die Matrosen waren dem Bergungsdampfer bereits so nahe, daß die Schiffstabe an Bord des Dampfers gemorren werden konnten. In diesem Augenblick lenkte jedoch das Boot und fünf Mann der 23 Besatzung zählenden Besatzung wurden ein Opfer der Wellen. Der Rest der Besatzung und die 30 an Bord genommenen Arbeiter wurden am Dienstag in völlig erschöpftem Zustand von einem finnischen Passagierdampfer übernommen.

Wieder ein Filmverbot

Berlin, 23. Dez. Die Berliner Filmprüfstelle hat in ihrer heutigen Sitzung ihr Urteil über den Richard Donald-Film „1914“, die Schiffe von Serajewo, gefällt. Der Film wurde verboten. Gegen das Verbot haben zwei Mitglieder der Filmprüfstelle Einspruch erhoben. Das Verbot des Filmes „1914 — Die Schiffe von Serajewo“ ist von der Filmprüfstelle Berlin ausgesprochen worden, weil die Filmprüfstelle nach Anhören der Sachverständigen des Auswertigen Amtes zu der Ansicht gelangte, daß der Film das Ansehen und die Stellung Deutschlands zu schädigen geeignet sei. Das Auswertige Amt hatte zu der Verhandlung sechs Sachverständige entsandt, die ihr Gutachten dahin abgaben, daß die im Film gegebene Darstellung der Kriegsschuldfrage lüderlich und die Tendenz des Filmes geeignet sei, die Beziehungen Deutschlands zu anderen Staaten zu trüben. Zwei Mitglieder der Filmprüfstelle haben von sich aus Beschwerde bei der Filmoberprüfstelle gegen das Verbot eingelegt, so daß diese Instanz sich abermals mit dem Film zu beschäftigen haben wird.

Eine amüsante Erfindung

Berlin, 23. Dez. (Eig. Meldung.) Wie der Abend erfährt haben wir, hat der jüdische Gesandte in Berlin bei der Reichs- und der preussischen Staatsregierung einen Protest gegen die Ausföhrungen des Fridericus-Filmes eingebracht, da dieser Wüstentreiben eine Verhöhnung des jüdischen Volkstums, eine Verächtlichmachung der jüdischen Stammesangehörigen und eine Beleidigung der jüdischen Armee darstelle. Der jüdische Gesandte verlangt namens seiner Regierung sofortigen Abbruch der Aufföhrungen, andernfalls eine Geföhrdung der bundesstaatlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

Dresden, 23. Dez. Die jüdische Staatsanwaltschaft teilt mit: Das Berliner Blatt Der Abend bringt die Nachricht, daß der jüdische Gesandte bei der Reichs- und preussischen Staatsregierung einen Protest gegen die Aufföhrung des Fridericus-Filmes eingebracht habe. Diese Nachricht, die offensichtlich den Stempel tendenziöser Erfindung trägt, entbehrt jeglicher Grundlage.

Eisenbahner-Weihnachten

Von Joseph Stöhrer, Bezirksbetriebsrat, Karlsruhe

Die Wirtschaftskrise mit ihren verheerenden Folgen wirt ihre Schatten auch auf die Reichsbahn. In diesem grössten Unternehmen der Welt sind 700 000 Arbeiter und Beamte beschäftigt. Vom Standpunkt der Volkswirtschaft aus betrachtet, bedeuten wohl 700 000 Menschen, die ihr Einkommen verkonsumieren, schon etwas. Die Eisenbahner, soweit sie im Arbeitsverhältnis stehen, sind ausserordentlich sparsam. Sie haben sich in den letzten Jahren auf die geringsten Ausgaben beschränkt. Man muß unwillkürlich zurückdenken an die Herrschaft der alten Länderbahnen, ihren damaligen Verhältnissen und Zuständen.

Das ist gefallen durch die Schaffung der Deutschen Republik. Die rechtlichen und materiellen Verhältnisse der Eisenbahner sind eingebaut in das große Gebiet des neu geschaffenen Arbeits- und Sozialrechts. Die augenblicklichen Sorgen der Reichsbahn sind der vornehmlichste schlechte Verkehr, dessen Einnahme dauernd Minusverträge verzeichnen.

Es kann aber nicht anders sein! Die ungeheure Arbeitslosigkeit im Reich hat vier Millionen Menschen bedeutet einen schweren Einbruch in den Berufsverkehr. Aber diese Millionen von Ausgeschiedenen aus der Produktion bringt eine noch schwere Einbuße in den Verkehrsverkehr. Wir leben, wie in der hochentwickeltesten kapitalistischen Wirtschaft der Ausfall vollbeschäftigter Menschen sich auswirkt. Die Zurückdrängung des Konsums der breiten Volksmassen bedeutet praktisch die weitere Vernichtung wertvoller, materieller und ideeller Güter. Aber was helfen alle diese Tatsachen? Das Sozialrecht muß auch diesen Lebensweg geben.

Das Wort „Renovationen“ ist zum geflügelten, ja zum Schlagwort geworden. Dabei trägt die Belastung aus dem Youngplan etwa 3 Prozent des Anlagekapitals.

Die Reformvorschlügen, wie die Rentabilität dieses Unternehmens gehoben und gefördert werden soll, hat es wahrlich nicht gefehlt. Berufene und Unberufene haben sich daran beteiligt. Sehr oft haben solche Reformnaturen, in völliger Verkenntnis des eigenartigen Unternehmens höchst merkwürdige Rezepte zu seiner Gesundung empfohlen.

Was vom Standpunkt des Arbeiterrechts geradezu fundamentale Bedeutung hatte, war doch, daß für rund 300 000 Arbeiter die Höhe im ganzen Reichsgebiet festgelegt wurden. Diese Tatsache ist nicht ohne Auswirkung für Hunderttausende von Arbeitern anderer Berufszweige. Die Reichsbahn wandelt aber Bezug auf die Gestaltung der Lohnpolitik und des Arbeitsrechts die gleichen Wege wie das Privatamt, die Einflüsse mahnender industrieller und Wirtschaftskrisen bleiben nicht ohne Wirkung. Also kommt ein großer Teil der Widerstände von außen.

Die Arbeiter gliedert man in drei große Berufsgruppen, Betrieb und Verkehr, Wohnunterhaltung und Werkstätten. Die Arbeiter der Werkstätten machen seit Frühjahr zwei Feiertage im Monat. Um Entlastung zu verbinden, hat man im November die Arbeiter der Betriebswerke und des Bahnbauwesens in die Feiertage mit einbezogen. Infolge weiterer tatsächlicher Verschlechterung des Verkehrs ahnten wohl die Arbeiter, daß irgend welche weitere Maßnahmen und damit wesentliche Lohnverluste erfolgen würden. Die Gewerkschaften hatten kaum den Verhandlungsstil über die Arbeitsfrage verlassen, als sie wieder gerufen wurden, um ihre Zustimmung zu einer wöchentlichen Feiertage in den Werkstätten und im Bahnbau zu geben. Aus Gründen des Friedens und der Einheit des Arbeitsrechts konnten die Gewerkschaften hierzu ihre Zustimmung nicht geben. Die Argumente der Gewerkschaften und die Tatsache, daß im Betriebsdienst und Stationsdienst und den Wohnbetriebswerken noch 54 Stunden gearbeitet wird, sind doch sehr wichtig genug und der Verhandlungen wohl wert. Weil in den Verhandlungen zu keiner Einigung kam, hat die Reichsbahn verwaltungsmäßig diktatorisch die Feiertage angesetzt. Die Arbeiter der Werkstätten sollen vom 1. Januar bis 28. März, die Arbeiter des Bahnbauwesens vom 1. Januar bis 28. Februar wöchentliche eine Feiertage machen. Der Lohnausfall beträgt im Monat in den 7 Lohngruppen zwischen 20-40 %.

Die Folge dieses Lohnausfalles bringt katastrophale Auswirkungen auf sozialrechtlichem Gebiete. Und außerdem spielt bei solchen verwaltungsmässigen Befehlen noch eine andere Frage eine große Rolle, nämlich das Vertrauen der Arbeiter zum Betriebsleiter. Was die Eisenbahner geleistet haben, ist so groß, so bewundert, daß die Geschichte über dieses brave und pflichtgetreue Berufsbeamtentum nur Gutes und Erhabenes festhalten wird. Aber die Arbeit ist unbarbar. Wenn ein Berufsbeamtentum diese Tatsache hart und bitter fühlen muß, sind es die Eisenbahner. Aber wir wissen, daß in allen großen Kämpfen der Weltgeschichte wagt, daß sich die Arbeiter wehren müssen um ihr uraltes Lebensrecht! Wenn wirtschaftlichem Gebiete Recht vor Recht geht, ist vom Standpunkt der Unternehmerpsychologie das noch zu verstehen. Wenn aber auf arbeitsrechtlichem Gebiete und freier vertraglicher Vereinbarung der Herrscherstandpunkt maßgebend ist, dann bedeutet das natürlich eine schwere Erschütterung des Arbeitsrechts und des Lebens überhaupt. Im öffentlichen Leben soll Reinheit und Gerechtigkeit, die unbedingte Achtung vor den Gesetzen, oberstes Gebot sein.

In einem großen öffentlich-rechtlichen Betrieb ist die Reibekette der Reichsverfassung, und des auf der Verfassung beruhenden Arbeiterrechts heilige Pflicht. Wohl der größte Teil der Eisenbahner hat swans und mehr als zwanzig Jahre. Sie opferten in jungen Jahren ihre Arbeitskraft für schlechten Löhnen in der Hoffnung, eine Lebenszeit zu haben. Die Rationalisierung in ihren fürstbaren und geradeso schrecklichen Auswirkungen vernichtet jede Menschenwürde und jedes Lebensrecht.

Die Eisenbahner der Werkstätten und des Bahnbauwesens müssen nun einen Kerosin unterschreiben, daß sie die Feiertage freiwillig abgeben. Also außerhalb des Kollektivrechts den Einzelarbeitsvertrag. Die Folgen dieser Maßnahmen bringen fast unübersehbare arbeitsrechtliche Komplikationen mit sich. Die Gewerkschaften haben ihre Mitglieder aufgefordert diesen Kerosin zu unterschreiben. Aus dem Klagenes müssen dann klare Rechtsverhältnisse geschaffen werden.

Aber in der Geschichte der Arbeiterbewegung blüht, wird festgestellt, daß in Zeiten schwerer Krisen die Unternehmer den Arbeiterschaft die Bedingungslosungen aufzwingen, wo die gewerkschaftliche Macht nicht ausreichte das zu verhindern.

Es haben die Eisenbahner an Weihnachten 1930, am Fest der Liebe und des Friedens, aus Gründen der Selbsterhaltung und im Interesse des gesamten Arbeiterstandes auf vorgeschobenem Posten den Kampf um die Gewerkschaften. Sie stehen in unbedingtem Vertrauen zur Gewerkschaftlichen Organisation. Nur auf dem Boden der gemeinsamen, unverbrüchlichen Solidarität und der wahren Kameradschaft können die Arbeiterklasse ihr Lebensrecht verteidigen. In der gewerkschaftlichen Treue und Disziplin, in der politischen Pflichterfüllung müssen wir die Voraussetzungen, als Arbeiter teilzunehmen an den öffentlichen Gütern die wir in fleißiger Arbeit schaffen.

Am Fest der deutschen Weihnachten 1930 wollen wir das Gedächtnis ablegen, das Arbeitsrecht zu hüten und zu verteidigen gegen die Angriffe der arbeitsrechtlichen und sozialen Reaktion!

Gewerkschaftsbewegung

Zum Lohnkampf der Buchdrucker

Der Verband der Deutschen Buchdrucker, Ortsverein Karlsruhe, nahm am Montagabend im Volkshaus Stellung zu dem am 17. Dezember gefällten Schiedsgericht zum Lohnstreik. Bekanntlich steht dieser Schiedsgericht die Verlängerung des bestehenden Tarifs auf die Dauer von 6 Wochen vor. Am Sonntag fand in Offenburg bereits eine Bezirksparität herkonferenz statt, die zur neugeschaffenen tarifpolitischen Lage Stellung nahm.

Der Ortsvereinsvorsitzende Kollege Franz Fretzel konnte in seinem ausführlichen Referat über den Verlauf und das Ergebnis der kurzen Verhandlungen und den Schiedsgericht die Auffassung der Gewerkschaft dahinschickend zusammenfassen, daß wir dank unserer felsen Organisation und dem kassenbewußten Opferinn der Buchdrucker die brutale Angriffe der Unternehmerrichtung, die nicht weniger als einen Lohnabbau von 15 Prozent verlangt hatten, zunächst abgewehrt hätten. Freilich konnte auch unter Ziel, die 40wöchige Arbeitswoche infolge der schroffen Ablehnung der Prinzipale noch nicht erreicht werden. Die Gewerkschaft wird in dem am 2. Februar neu beginnenden Lohnverhandlungen diese ihre im Interesse der arbeitslosen Kollegen notwendige Forderung erneut mit höchstem Nachdruck vertreten. Dabei wird sie den Standpunkt einnehmen, daß der infolge dieser Maßnahme entfallende Lohnausgleich von beiden Parteien als gleichmäßig geteilt werden muß. Die Gewerkschaft ist bereit, der wirtschaftlichen Lage entsprechende Opfer zu bringen, doch müssen diese den arbeitslosen Kollegen zugute kommen, indem man sie wieder in die Arbeitsstätten einfüßt. Wenn die Buchdrucker weiter frakt zusammenhalten, muß der Angriff der Unternehmer am eigenen Umdenk der Arbeiter scheitern. In einer Wirtschaftskrise, in der tagtäglich Schiedsgerichte auf Kosten der Arbeiterschaft gefällig werden, ist es endlich Zeit, daß alle erkennen, daß nur durch frische, selbstbewusste Organisationsarbeit die freien, unzulässigen Eingriffe der Kapitalisten gestoppt werden können.

Die Verammlung billigte eine Entschlieung, in der vorstehende Gedankenführung zusammengefaßt sind und in welcher der Dank und die Anerkennung für das Verhalten der Unterhändler bei den Lohnverhandlungen zum Ausdruck kommt. Der Bezirksverwalter des Buchdruckerverbandes, Kollege Wilhelm Maier, machte noch auf die schweren sozialen Kämpfe aufmerksam, die unterer barren. Im Prinzipalsorgan werde Sturm gelassen. Treue und fleißige Mitarbeit aller Verbändemitglieder sei notwendiger denn je. Die schnelle Vertiefung des Volkszorns über den Verlauf der Lohnverhandlungen wurde von der Verammlung anerkannt.

Um die Kasse nicht allzuweit der Belastung durch die Ausgesetzten und Arbeitslosen auszuliefern, nahm die Verammlung die Vorhänge der Gewerkschaften unter dem Namen „Kaffeehaus der Gewerkschaften“ in Karlsruhe an. Ein weiterer Appell des Bezirksverwalters Maier, dem proletarischen Selbstschutz beizutreten, fand lebhafteste Unterstützung und reges Interesse der Verammlung. Die Reaktion habe in letzter Zeit durch unerhörte Gewalttaten bewiesen, daß sich diese Maßnahme als dringend notwendig erweise. Die Solidarität werden in uns wachsame Gegner finden. Die Buchdrucker haben in der Aussprache bewiesen, daß sie nicht in den letzten Reihen der Kampforganisation zu finden sein werden.

Allgem. Deutscher Beamtenbund Ortsausschuß Karlsruhe - zur Gehaltskürzung

Der Gesamtvorstand des Allgem. Deutschen Beamtenbundes sah, nachdem Reichsstaatssekretär Dr. Völler, Berlin, vor den Funktionären des ADB, über die Gehaltskürzungen der Regierung referierte, folgende Entschlieung:

„Durch Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 wurde sämtlichen Beamten und Angestellten des Reichs, der Länder und der übrigen Körperschaften des öffentlichen Rechts eine Kürzung ihrer gesamten Gehaltsbezüge in Höhe von 6 Prozent auferlegt. Diese Maßnahme, die nach einer Rede des Reichsfinanzministers Dietrich als besonders unpopulär zu bezeichnen ist, benehmt andererseits auch den schwersten verfassungsmässigen Bedenken. Sie muß, wenn die Intaktheit dieser Bestimmung nicht offen propagiert werden soll, mit dem Artikel 129 der Reichsverfassung, der die wählbaren Rechte der Beamten schützt, nicht vereinbar bezeichnen werden.“

Badischer Landesverband gegen den Alkoholismus

Der Badische Landesverband gegen den Alkoholismus (St. Karlsruhe) e.V. hielt im „Saule der Gesundheit“ in Karlsruhe seine alljährliche Landesausstellung ab. Der Vorsitzende, Ministerialdirektor Fuhs, erstattete Bericht über die aufblühende Tätigkeit des Landesauschusses, worauf Warrkurat Jung Aufschluß über die Organisation und die Arbeit der Teinförderung gab. Neben der Landestrinkergörge stehende bestanden Trinkerfürsorgestellen in Mannheim, Seidelberg, Karlsruhe, Pforzheim, Konstanz und Baden-Baden. Eine Neugründung im Bezirk Willingen steht bevor. Bei sämtlichen Stellen sind seit ihrem Bestehen bis zum 30. Oktober ds. Js. insgesamt rund 14 000 Trinkerfälle zur Amnestie gekommen.

Für den am Erscheinen verhinderten Vorsitzenden der Selbstfürsorge-Kommission, Rennerarzt Dr. Reumann, berichtete Warrkurat Jung anerkennend über die Heilstätte Renchen, welche in diesem Jahre das 25jährige Bestehen feiern konnte. Befehls, Ab- und Zugang lassen leider darauf schließen, daß heute noch die Zahl der Trunksüchtigen im Reich sehr besorglich ist. Von der Heilstätte ist schon viel Segen ausgegangen. Stadtpfarrer Häuser (Ladenburg) äußerte sich über die Tätigkeit des Landesauschusses für gährungslose Frühgervernung. Trotz der Misere konnten durch Abhaltung von sog. Süßmofstagen in verschiedenen Bezirken des Landes circa 30 000 Liter Trauben- und Obstsaft hergestellt werden. Es zeigt sich ein wachsendes Interesse für die Süßmofsbewegung. Mit der Genehmigung der Jahresrechnung und des Voranschlags, der in Einnahmen und Ausgaben mit 19 600 M abschließt, sowie der Wahl des Landeswohlfahrtsparfers Ziegler in den Vorstand anstelle des ausgeschiedenen Warrers Werner, war die Tagung beendet.

Über auch ihre finanziellen Auswirkungen lassen bedenkliche Rückblicke auf die gesamte Volkswirtschaft befürchten, deren Umfang sich durchaus nicht nur im Rahmen der zahlenmäßigen Kürzung der Bezüge zu bewegen braucht. Durch die jetzt geschaffene Rechtsunsicherheit wird viellecht eine weitere andauernde fühlbare Zurückhaltung im Kaufen und eine Beschränkung des Verbrauchs auf das allernotwendigste ausgelöst, die der Wirtschaft zur Last bleiben wird. Hier wird deutlich, daß die Beamtenbestimmungen der Verordnung eine einseitige und rein finanzpolitische Maßregel darstellen, die auf Kosten eines Teils der Konsumenten die öffentlichen Kassen sanieren soll. Darüber hinaus trägt sie denjenigen Momenten, die die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der einzelnen Beamtengruppen begründen, in keiner Weise Rechnung. Rein schematisch macht sie durch rückwärtslosen Wirtlich von 6 v. H. die Gehaltskürzung des Jahres 1927 rückgängig. Dabei wird außer Acht gelassen, daß jene Regelung die Einkommensverhältnisse der beamteten Arbeitnehmer der mittleren und unteren Schichten nicht einmal auf den Index gebracht hat. Ebenso wird die ganz besonders einschneidende Gehaltskürzung des Jahres 1924, die den unteren Gruppen 17, den oberen dagegen 71 Prozent Gehaltskürzung eintrug, deren Konstitution aber die Grundlage zur Gehaltskürzung 1927 bildete, vollständig ignoriert! Die Beamtenenschaft hat erkannt, daß die ungeschicklichen Verhältnisse zu außerordentlichen Maßnahmen drängen, sie dürfen aber verlangen, daß eine Steigerung mit einer Milderung nach unten eintritt.

Wenn seitens der Regierung diesen Erwartungen nicht Rechnung getragen wurde, hat dessen eine Mehrfachvermehrung des Gesamteinkommens der unteren Beamten bis zu 176 Prozent, der oberen Beamten hingegen nur 83 Prozent betrug, muß den schärfsten Protest auslösen und dazu zwingen, die Verantwortung für alle hieraus entstehenden Missetatungen abzulehnen. Die von der Bundesleitung des Allgem. Beamtenbundes in diese Beziehung unternommenen Schritte erhalten die volle Zustimmung.“

Solidarität

Der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten hat in den Betrieben eine Weihnachtsfeier zur Unterstützung der arbeitslosen Bankangestellten und ausgeschiedenen Mitglieder durchgeführt. Das Ergebnis der Sammlung besteht darin, daß der Verband eine besondere Weihnachtsunterstützung bis zum Schluß der Woche von 150 M zur Anschaffung bringen konnte. Der geschätzte Durchschnittsbetrag von über 40 M pro Kopf dürfte als Spitzenleistung gewerkschaftlicher Weihnachtsbeihilfe anzusprechen sein. Ein schöner vorbildlicher Akt freigewerkschaftlicher Solidarität!

Es gibt noch vernünftige Unternehmer

In Amsterdam haben die Bankiers von einer Herabsetzung der Gehälter der Bankbeamten Abstand genommen. Die Verammlung der Amsterdamer Bankiervereinigungen hat sich dazu auf die Initiative des Präsidenten Bissering hin mit großer Mehrheit entschlossen. Bissering, der Präsident der Niederländischen Bank, befrucht entschieden, daß die Lage des niederländischen Geldhandels eine Herabsetzung der Gehälter rechtfertige.

Die Lohnverhandlungen in der Metallindustrie

Ein von den Parteien vereinbartes Schiedsgericht (je 4 Arbeitgeber und Arbeitnehmer) hat gestern vormittag 10 Uhr unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schick in Karlsruhe die Lohnverhandlungen in der Metallindustrie für die Bezirke Mannheim, Ludwigshafen, Frankenthal, Seckels und Freiburg beanstanden. Sie dauerten den ganzen Tag über und wurden abends 7 Uhr auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

Der Lohnstreit in der badischen Holzindustrie

Auf Antrag der Unternehmerverbände hat der Schlichtungsausschuß Freiburg gestern einen Schiedsgericht gefällig, wodurch die Löhne um 5 Prozent reduziert werden sollen. Erklärungseffekt Anfang Januar.

Flick, Flock, Flaum, die Zwerge



Aber mit der Leiter kam man endlich weiter. Plötzlich gab das Bäumchen nach. Flock fiel runter, Flaum fiel nach.



Als sie arg zerschunden. Wieder sich gelunden. Sagten Flick und Flock und Flaum Kleiner ihren Tannenbaum.



Schmückten ohne Leiter Nun das Bäumchen weiter. Sierne, Ketten, Hampelmann, Alles kam ans Bäumchen dran.



Als das Werk gelungen. Haben sie gesungen Und getanzt, gehüpft, gelacht, Bis tief in die Weihnachtsnacht.

(Fortsetzung folgt.)

Carl Legien

Zum 10jährigen Todesstag am 26. Dezember

„Ich habe kein meinen oberen Kammerentzücken fast gemacht, und darin hat er seine Schreibeisen. Auch habe ich einen kleinen Kasten für ihn angeschafft (kostet 2,60 M.) mit einer weißen Gardine und einer Schublade für seine Pfeifen. Da hat er nun doch seine Ordnung. Heute hat er den Briefkasten von der Tür abgenommen und seinen angebracht. Des Abends schreibt er gewöhnlich und wir sehen ruhig zu.“

Aus einem Briefe der Witwe Legien an ihren Sohn über den Sozialisten Carl Legien (1888).

Er war schon „Bosse“, nämlich Zentralvorsitzender der Vereinigung der Drechsler Deutschlands mit 700 M. Jahresgehalt, als die Mutter des jetzigen Führers der freien Gewerkschaften, Theodor Leipart, so einfach und doch so lebendig in einem Briefe Umwelt und Arbeit Carl Legiens schilderte.

Da hatte der Siebenundzwanzigjährige schon einen weiten Weg hinter sich. Früh ohne Eltern wurde er im Waisenhaus zu Thorn hart erzogen. Fünf Jahre dauerte seine Lehrzeit. Als armer Junge mußte er sich Kost und Logis bei seinem Lehrmeister durch zwei Jahre verlängerte Lehrzeit selbst verdienen. Wanderschaft als Handwerksbursche. Leidenhaftlicher Turner, wo immer er für einige Wochen oder Monate Arbeit fand. Im Jahre 1886 Drechslerzelle in Hamburg. Wieder im Turnverein. Noch im gleichen Jahre trat er dem Fachverein der Drechsler bei. Im Spätherbst des Jahres 1886 hieß es zum ersten Male auf einem Versammlung: „Kollene Legien hat das Wort“. Von dieser Stunde an hat Carl Legien 34 Jahre lang als Organisator und Kämpfer die deutsche und die internationale Gewerkschaftsbewegung geführt wie niemand neben und nach ihm. Er wuchs mit den Gewerkschaften zu Macht und Größe empor. Bis zum Tode nie etwas anderes als ein Gewerkschaftsangehöriger. Gerade diese Selbstbeschränkung schuf ihm zu einer überaus großen geistlichen Figur der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung.

Ein Leben, iachlich, ernst, tüchtig, real ohne poetischen Schwung und ohne himmelstürmende Begeisterung wie seine Gewerkschaften immer in ihrer Ueberzeugung und voll Sarkasmus über von Verantwortung unbedachte literarische Aufstiege. Dabei von unerschütterter Glaubenskraft an die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung. So fand der 22jährige Legien im Jahre 1893 auf dem Parteitag in Köln, längst schon Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gegen die allmächtigen Parteiführer Wilhelm Liebknecht, August Bebel und Janus Auer. Man sagte ihm auf diesem Parteitag, es sei „Größenwahn“, wenn die Generalkommission etwa „mit der Parteilosung von Macht zu Macht verhandeln“ wolle. Eine namhafte Parteirechnerin prophezeite, daß der Wirkungskreis der Gewerkschaften immer und immer verkleinert wird.“ Legien führte damals 265 000 Gewerkschaftler. Als er im Jahre 1905 in demselben Köln den Gewerkschaftskongress eröffnete, waren es weit über eine Million, und als er im Jahre 1920 starb, trauerten acht Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen um den Führer.

In diesem Menschenalter hielt er ohne Unterbrechung die Führung der deutschen Gewerkschaften in der Hand. Er war Vorsitzender des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Von Illusionen über die Grenzen internationaler Betätigung, war er aber vor dem Kriege, im Kriege und nach dem Kriege ganz frei. Er ließ nicht zu, daß die Gewerkschaften auf die Gebiete der großen Politik übergriffen. So wehrte er sich gegen die Diskussion von Antimilitarismus, Generalkrieg und Achtstundentag auf den internationalen Gewerkschaftskongressen. Es ist weder ein Wort national noch internationalen Ueberchwangs von ihm bekannt. Er war Deutscher im Rahmen der Internationale und ließ sich auch nach dem Kriege nicht in die Rolle des Führers drängen. So als er im Jahre 1919 auf der internationalen Gewerkschaftskongress in Amsterdam den Belgiern auf ihre Vorwürfe erwiderte:

„Wir haben getan, was möglich war. Was würden die belgischen Genossen tun können gegen das Benehmen der belgischen Soldaten im belagerten Gebiet? Man darf von uns nicht Dinge verlangen, die man auch nicht von anderen Ländern verlangt. Hat man in den anderen Ländern gegen die Wladade protestiert, der zufolge zwei Millionen Nichtkämpfer in Deutschland gefesselt sind? Wo war da die Internationale?“

Diese kritische Betrachtung internationaler Betätigung hinderte ihn nicht alle Möglichkeiten international auszunutzen. Das Vertrauen der ausländischen Gewerkschaften zu ihm war unerschütterlich. Seine internationalen Beziehungen waren groß.

In den Reichstagen wurde er 1893 gewählt. Acht Jahre nachdem er 1885 in Frankfurt a. M. unter den Stürmen des Sozialistengesetzes der Sozialdemokratischen Partei beigetreten war. In den Kongressprotokollen ist sein Name nur selten zu finden. Er hatte eine starke Hemmung, die ihn nicht zu einem führenden Parlamentarier werden ließ. Ihm lag nicht, über Dinge zu reden, von denen er nichts verstand. So sprach er dann nicht oft. Wenn er aber, der eigenartige Mann, der schon in jungen Jahren erkrankt, mit den harten Gesichtszügen und dem breiten Schnurrbart ausah wie ein friedericianischer Soldat, im Reichstage das Wort ergriff, redet durch ihn die deutsche Arbeiterklasse und Parteien und Regierung hörten gespannt den schmutzigen Sätzen zu.

Zweimal trat der politische Ehrgeiz als Versuch an den Führer der Gewerkschaften heran. Im Oktober 1918 sollte er Kaiserlicher Staatssekretär werden und im März 1920 nach dem Kapp-Putsch Reichskanzler. Beide Male lehnte Legien ab. Wahrscheinlich nicht aus Bescheidenheit, denn sein Selbstbewußtsein war berechtigt groß, aber er wußte, wohin ihn seine Begabung wies, und was sie ihm verschloß. Das erhöht den Mann und seine Bedeutung.

Er war seiner Ueberzeugung nach Reformist. Revolutionäre Reden sind nicht einmal aus seiner Jugend bekannt. Aber als im Jahre 1905 über Revolution und Sozialismus verhandelt wurde, bekannte plötzlich der ruhige Gewerkschaftsführer, er sei mit Bebel der Meinung, daß die gewalttätigen Revolutionen noch nicht vorüber seien. 15 Jahre später, wenige Monate vor seinem Tode, organisierte er Tag und Nacht den gewaltigen Generalkrieg gegen die Regierung Kapp. „Mit schauer Bewunderung“, wie einer dem Toten nachrühmte, erleben die radikalen diesen Revolutionisten und Reformisten als unerschrockenen Kämpfer, als Führer des Proletariats, ihn, der überhäuft mit Ehren als treuer Sohn der Arbeiterklasse arm gestorben ist. Alle Mobilien und viele Bücher waren alles, was der geschmückte und gehegte Bonze aller Bonzen hinterließ.

Im Weltkrieg des Feldherrn der größten proletarischen Armee war Legien ein einfacher Mensch. Wie er als Knabe Elternliche entbehren mußte, so blieb dem Manne Frauenliebe fremd. Das Mädchen, das er liebte, wurde ihm veriaat, weil die Mutter es dem Manne nicht geben wollte, der den Alkohol oft mehr liebte

als ihm zuträglich war. Vielleicht nur deshalb, weil er so einsam war und blieb. Es ist richtig und lauter von Legiens lebenslangem Freunde und Biographen, Theodor Leipart (Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), daß er Legiens Gang zum Tode nicht verschweigt, sondern jagt und erklärt. Ein Mann wie Legien hat nicht zu fürchten, daß seine Persönlichkeit verläßt, weil auch tiefe Schatten über ihn liegen. Seine Kräfte war stets imponierend, sein Gedächtnis verblüffend, seine Kraft überzeugend. Nur Zornismus und Grobheit führten. Wahrscheinlich hat Leipart recht, wenn er sagt, Legien habe hinter diesem harten Menschen nur seine innere Weichheit verborgen.

Seines Herzes und tüchtigen Kopfes machten Carl Legien zum überaus großen Führer. So schuf er, ein deutscher Arbeiter, mit sieben anderen deutschen Arbeitern, die Gewerkschaften. Sein Volk zerfiel, aber sein Werk ist von Dauer. Wir grüßen das Andenken des Mannes, der große Worte wie Nation und Kultur und Vaterland mit ehrfürchtiger Scheu vermied und dennoch einer der großen deutschen Kulturträger wurde und bleiben wird.

Ein großer Führer

G. Sch. Im Februar 1894. In Kellers Festhallen in der Kopenstraße in Berlin tagte eine Holzarbeiterversammlung, der auch Legien beizohnte. Dort sah ich ihn zum ersten Male und bekam ihn auch zu fühlen. Wir waren ein Kreis junger Brauseköpfe, die in Opposition gegen die Taktik des Verbandsvorstandes standen. In der Debatte hatte ich eine domernde Oppositionsrede in unverständlichem alemannischen Dialekt gehalten, an der wohl das Beste die Tatsache war, daß die meisten Zuhörer mich nur sehr wenig verstanden haben. Aber einer hatte mich verstanden: Carl Legien. Und ich bekam es dann auch annehmlich zu fühlen, als er im Verlauf der Debatte ebenfalls das Wort nahm. Die überlegene Ruhe und Sachkenntnis des Mannes imponierten mir ungemein. Wir waren von da an auch Freunde.

Im Herbst des nächsten Jahres fand in Erfurt der erste Verbandstag des Holzarbeiterverbandes nach dem Kaffeler Gründungskongress statt. Die Berliner Holzarbeiter fanden in ihrer Mehrheit in Opposition gegen den Verbandsvorstand und gegen die Absicht, eine Art Arbeitslosenunterstützung im Verband einzuführen. Als Wortführer der Berliner Holzarbeiterfrage opponierte ich auf dem Verbandstage nach Kräften; der Verbandstag lehnte dann auch die Einführung ab. Ealen, der als Vertreter der Generalkommission dem Verbandstag beizohnte, sagte mir nach der Abstimmung: „Eure Berliner Opposition ist Quatsch. Du wirst in wenigen Jahren ganz anders über diese Dinge denken, als Du es heute zum Ausdruck gebracht hast.“ Er hat Recht behalten. 1902, auf dem Verbandstag in Mainz, war ich der Referent für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Im Jahre 1896 waren die Kottbuser Textilarbeiter in einen allgemeinen Streik eingetreten, bei dem ich zwangsläufig führend wurde, als Referent des Parteiorgans. Nachdem der Streik 14 Wochen gedauert hatte, mußte er als verloren abgebrochen werden, weil die Verbandsmittel reiflos erschöpft waren und die Sammlungen im Reich nur noch ganz magere Ergebnisse zeigten. Legien kam nach Kottbus, um über den Streikabbruch zu verhandeln und sachgemäße Ratsschlüsse für die Durchführung des Abbruchs zu erteilen. Es war für uns am Orte ungeheuer schwer, den Streikabbruch zu vollziehen, Legien erkannte das auch an,

Die seelische Not der Erwerbslosen

Die namhaftesten Verbände des Volksbildungswesens, darunter der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, haben zusammen mit dem Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände sowie den Sotenororganisationen der Gewerkschaften, darunter der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Freie Angestelltenbund, eine Eingabe an die Reichsregierung gerichtet, in der eindringlich auf die seelische Not der Erwerbslosen, insbesondere der Jugendlichen, aufmerksam gemacht wird. Die Verbände weisen darauf hin, daß die Maßnahmen zur Linderung der schlimmsten Folgen der Erwerbslosigkeit sich sowohl auf die materielle Hilfe mit Nahrung, Kleidung und Aufenthaltsräumen als auf die seelische Betreuung der Erwerbslosen erstrecken muß. „Der Arbeitslose“, so heißt es in der Eingabe, „leidet nicht nur unter dem Mangel an materiellen Mitteln, sondern er verfällt, je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto mehr einer tiefen Depression, kommt sich unmühs und aus der Gesellschaft ausgestoßen vor, wird stumpf und inaktiv und erliegt nur zu leicht kriminellen Versuchungen. Er verliert die Kraft, die fürchtbare Zeit der Arbeitslosigkeit zu überleben, und Fälle von völliger Verwahrlosung häufen sich.“

Zur Abhilfe dieser seelischen Not werden daher planmäßige Maßnahmen zur Betreuung der Arbeitslosen, vor allem der Jugendlichen, vorgeschlagen. Diese Maßnahmen sollen in der Hauptsache in regelmäßigen Veranstaltungen für Erwerbslose bestehen und von den Arbeits- und Jugendämtern in Verbindung mit den genannten Organisationen durchgeführt werden. Vorgeschlagen werden Lichtbildvorträge, Leseschmittage, Kurse, Ausflüge, Laienspiele, Rundfunkveranstaltungen, Museumsführungen für Erwerbslose, Tagesbesuchstagen von erwerbslosen Jugendlichen in Jugendheimen, wobei nach Möglichkeit eine bescheidene Berufsausbildung zu gewährleisten ist. Die Reichsregierung wird gebeten, zur Durchführung dieser Notstandsaktion Mittel zur Verfügung zu stellen.

Der begrüßenswerte Schritt der genannten Verbände wirkt ein Problem auf, das mit dem zunehmenden Umfang der Arbeitslosigkeit immer brennender wird und für dessen Lösung sofort handeln muß. Hoffentlich gelingt es der Regierung, einen Weg zu finden, der eine rasche und wirksame Hilfeleistung ermöglicht.

aber in seiner kategorischen Art forderte er mich auf, innerhalb zwei Tagen eine Versammlung einzuberufen und die Notwendigkeit des Abbruchs vor den Streikenden zu begründen. Als ich immer noch Bedenken äußerte, erklärte Legien scharf und präzis: „Wilt Du unter den einmal gegebenen Verhältnissen die Verantwortlichkeit dafür übernehmen, daß der verlorene Streik auch nur noch eine Woche weitergeführt wird?“ Wir gaben dann klein bei. Nicht alle Mitglieder der Streikleitung hielten dicht und so kamen uns die Anarchisten mit der Einberufung einer Protestkundgebung zuvor, in der der damals über Deutschlands Grenzen hinaus bekannte Anarchist Dr. Gustav Landauer und ich uns in der Versammlung gegenüberstanden, wobei es für mich persönlich hauptsächlich um Kopf und Kragen ging. Die Anarchisten hatten nämlich ein Flugblatt verbreitet, in welchem ich beschuldigt wurde, von den Kottbuser Textilarbeitern mit 10 000 M. bestochen worden zu sein. Trotzdem gelang es in jener Versammlung, das Ende des Streiks zu beschließen.

1898 freilich in Wittweida in Sachen die Spinnerarbeit. Auch bei diesem Streik fiel mir leider eine mögliche Rolle zu. Der Streik war spontan gegen den Willen des Verbandsvorstandes ausgebrochen. Er endete mit einem Teilerfolg und 2000 Mark Schulden, die zu übernehmen der Verbandsvorstand sich bereitwillig weigerte. Wenige Wochen später tagte in Gera der Verbandstag des Textilarbeiterverbandes. Die Wittweider Textilarbeiter redeten mir zu, ich soll auf dem Verbandstag fahren und dort für die Beschlüsse der 2000 M. eintreten. Auf meine Entschlossenheit, daß ich weder Delegierter noch selbst Mitglied des Textilarbeiterverbandes sei, antworteten mir die Wittweider: es wird schon gehen, sie kennen Dich ja alle. Und so fuhr ich nach Gera und stellte an den Verbandsvorstand den Carl Hübsch als Anführer, mir das Wort zu erteilen auf dem Verbandstag. Hübsch lehnte rundweg ab, was schließlich ganz verständlich war, aber einige Delegierte, hinter die ich mich schufte hatte, erzwangen eine Geschäftsordnungsdebatte und erzwangen schließlich den Beschluß, daß ich das Wort bekommen soll. Die Wittweider befehlten recht: es ging, die 2000 M. wurden bewilligt.

Carl Legien, der ebenfalls auf dem Verbandstag die Generalkommission vertrat, sah sehr interessiert und mit dem ihm eigenen Lächeln dem Verlauf dieser Episode zu, die im deutschen Gewerkschaftsleben wohl ziemlich einzig dastehen dürfte. Als die Beschlüsse beschlossen war, sagte er mir: „Nieber Schorch, ich weiß, daß Du gelegentlich solche Hujarentziele liebst. Aber die Freiheit, die Du dieses Mal dabei entwidelt hast, übersteigt denn doch die Grenzen. Sie war so groß, daß ich (Legien) vielleicht auch noch gegeben hätte, wenn ich anstelle von Hübsch Vorsitzender gewesen wäre.“

Der ganze Vorgang war nur möglich und ist nur verständlich, weil ich damals nicht nur die beiden genannten Streiks und durch viele Tausende von Referenten in Textilarbeiterversammlungen den Delegierten bekannt war, aber besonders, weil ich 1898 nach einer sorgfältigen Verabredung mit dem Leipziger Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes, dem längst verstorbenen Genossen Glanzmann, der später in der oberbairischen Textilarbeiterbewegung von Mühlhausen i. E. aus eine große Rolle spielte, die durch eine Rede in den Westendhallen in Leipzig-Plagwitz für die schlesische Textilarbeiterbewegung einleitete auf dem 1. Kongress der Textilarbeiter am 26. September 1898 in Gera abgehalten ist.

1903/04 war der große Grimmitzauer Textilarbeiterstreik, bei dem ich während der ganzen 22 Kampfmochen hindurch tätig sein mußte. Als er abgebrochen werden mußte, kam es zu einem Mißverständnis zwischen Carl Legien und mir zu einem sehr lebhaften und unangenehm scharfen Zusammenstoß. Mit einem Teil der Streikleitung glaubte ich, daß in kürzester Zeit die Fabrikanten zum Nachgeben gezwungen werden können; Legien und der Verbandsvorstand vertraten den gegenteiligen Standpunkt. Es gab einanderbeleidigungen waren scharf, aber Legien setzte sich durch. Es blieb auch keinerlei Verständigung zwischen uns beiden zurück. Und nun noch ein Wort des Gedenkens und des Dankes an den Menschen Legien. Er, der vielfach als brutal und rücksichtslos galt, und dem auf dem Kölner Parteitag in einem scharfen Wortkampf August Bebel zurief: „Mein Herr, ich bin die Döner!“ war im Grunde genommen ein weicherherziger und in hohem Maße hilfsvoller Mensch. Was ihm die deutsche Arbeiterbewegung und mit ihr die deutschen Arbeiter zu danken haben, mehr in dem Gedenkartikel an anderer Stelle gesagt.

Worte von Legien

Die geschichtliche Aufgabe des Arbeiterverbandes

„Die Gewerkschaftsorganisationen werden nicht die Lösung der sozialen Frage herbeiführen, sie können zur Zeit aber wesentlich die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse unterstützen. Gleich den Pionieren haben die Gewerkschaften den Boden zu einer für eine höhere geistige Auffassung und durch Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen die Arbeiterklasse vor Verelendung und Verjüngung zu bewahren, um so die Massen der Arbeiter zu befähigen, die geschichtliche Aufgabe, welche dem Arbeiterstand zufällt, lösen zu können.“

Verantwortung

„Wenn Schumann sagte, die Transportarbeiter würden aus dem nem Verhalten die Konsequenzen ziehen, so möchte ich dazu bemerken, ich habe bisher mein ganzes Handeln so eingerichtet, daß ich es vor mir selbst verantworten kann, und solange ich kann, ist mir das Urteil anderer gleichgültig. Das werde ich auch für die Zukunft tun.“

Die Revolution

„Die Gewerkschaften sind ein revolutionäres Instrument, das unterliegt keinem Zweifel, weil sie die Arbeiter hervorheben aus dem Sumpf der Unterdrückung und Abhängigkeit, weil sie durch den Kampf haben, daß die Arbeiterklasse ein Mitbestimmungsrecht im Betriebe hat, daß die Arbeiterklasse ein Mitbestimmungsrecht im Betriebe im einzelnen zu Revolutionären gemacht. Jeder gewerkschaftliche Kampf um einen Pfennig mehr Lohn pro Stunde und eine Minute Arbeitsloshilfe vorläufig war eine revolutionäre Aktion. Daraus, daß wir die Arbeiterklasse wirtschaftlich gehoben haben, sind die Voraussetzungen für die Revolution geschaffen. Wir können man mit den rücksichtslossten, indifferentesten Massen machen Revolutionen, durch die der Aufbau einer neuen Welt, wirtschaftlich und politisch, erfolgen soll, können nur mit geistig und körperlich hochstehenden Arbeitern durchgeführt werden. Die geistig und körperlich hohen, die wir bei uns in den deutschen Arbeitern haben, und deswegen auch der große Erfolg der Revolution — danken wir unseren gewerkschaftlichen Organisationen.“

Der Totenkampf der Freiheit

Von
Pietro Nenni

Die Bestiennatur des Faschismus



Copyright 1930 by Verlag J. D. W. Dietz Nachf., G.m.b.H., Berlin.
(Alle Rechte vorbehalten)

21. Matteottis „J'accuse“

Es war am 30. Mai 1924.
Die neue Kammer tagte seit dem 24. Mai. Man hatte soeben die der Präsidenschaft einen Antrag eingebracht, die Mehrheit im Senat zu konstituieren.
Aus den dreißig Faschisten der vorigen Legislaturperiode waren diesmal dreihundertfünfzig geworden. Montecitorio war mehr ein Bivak als einer gesetzgeberischen Versammlung. Durch Gewalt und Betrug zum Mandat gelangt, kümmerten sich die Faschisten nicht im mindesten um die parlamentarischen Formen. Sie erschienen in der Kammer im schwarzen Hemd und die Brust mit Orden beladen. Ihre Aufrede bestand darin, dem „Duce“ zuzujubeln und Lärm zu machen, sobald ein Mitglied der Opposition das Wort nahm. Sie hatten zwar kein Vertrauen zu Grindin und zur Verfassung, aber desto mehr zu ihren Führern.
Die bloße Nachricht, daß die Opposition diese Konvalidierung en bloc nicht ohne Einspruch dulden würde, weil sie inoffiziell ein Skandal, der Form nach eine Verletzung der Verfassung war, hatte die Faschisten in Wut versetzt. Als der Präsident Matteotti das Wort erteilte, wurden von den Faschisten die ersten Ausrufungen des Hasses laut, ehe der sozialistische Abgeordnete auch nur ein Wort ausgesprochen hatte.

Auf seinem Platz stehen ein paar Blätter mit Notizen in der Hand, ließ Matteotti, in völliger Ruhe und Selbstsicherheit, die erste Schimpfwelle vorübergehen. Er hatte in vier Jahren parlamentarischen Kampfes, in denen ihm immer mehr die Führerrolle zugefallen war, schon ganz anderes erlebt. Er hörte zu jenen Willensmenschen, die bei aller Achtung der Doktrin sich doch nie dazu entschließen, den Geist dem Buchstaben zu opfern oder die Tat der Lehre. Er verstand es, sich selbst und andere zu beherrschen. Er hatte der Regierung und der Kammermehrheit harte Wahrheiten zu sagen und war nicht entschlossen, sich bis zu Ende behör zu verweigern. Ohne irgendeine Einleitung ging er sofort auf den Kern der Sache ein.

Matteotti: „Es ist der Vorschlag gemacht worden, die Bahnen der Mehrheit im Senat für gültig zu erklären. Wir treten diesem Vorschlag entgegen.“

Eine Stimme: „Das ist Propalation!“
Matteotti: „... denn wenn die Regierungsmajorität auch umfassen vier Millionen Stimmen erhalten hat, so wissen wir, daß dieses Resultat durch ungeheuerliche Gewalt erzielt wurde.“

Matteotti: „Mehr bedürfte es nicht, um die Rechte völlig außer sich zu bringen. Die Faschisten strecken dem Redner ihre Fäuste entgegen. Aus dem Halbkreis zwischen den Bänken verjährt man sich auf den Vorkämpfer der Sozialisten zu stürzen.“

Mussolini sah am Ministerisch mit düsterer Miene, ohne seine Geste ohne Wort, der wüsten Szene zusehauend.
Matteotti: Nach einer ausdrücklichen Erklärung des Führers des Faschismus hat die Regierung das Ergebnis der Wahlen von vornherein nicht als für ihr Schicksal entscheidend angesehen. Sie wäre geblieben, auch wenn sie als Minderheit aus den Urnen hervorgegangen wäre.“

Farinacci: „Vor kommt ja die Revolution maden!“
Starace: „Jawohl, wir haben die Regierung, und wir befehlen sie!“

Matteotti: „Sie wollen das Land zum Absolutismus zurückbringen. Wir verteidigen die Souveränität des italienischen Volkes, dem wir unsern Gruß entbieten, und für dessen Würde wir eintreten, indem wir fordern, daß man diese Wahlen einer Prüfung in vollem Lichte unterziehe.“
Die Linke erhebt sich von den Sitzen und applaudiert. Von der Rechten wird gerufen:
„Verkauf!“
„Verräter!“
„Provokateur!“

Matteotti: „Und jetzt“, sagt Matteotti lächelnd zu seinen Freunden, „kann ich meine Leichenrede vorbereiten.“
Leider, leider war das ein prophetisches Wort.
Die Sitzung wird im Tumult aufgehoben. Sozialistische Abgeordnete drängen sich um Mussolini.
Der „Duce“ verbirgt seine schlechte Laune nicht. Seit drei Tagen muß man sich mit der Opposition herumschlagen. Er hatte gehofft, sie zu seinen Füßen zu sehen, reuig, wenn nicht bekehrt. Statt dessen stand sie trotz der Diktatur gegenüber ihm. Am Tage vorher hatte er einen Kommunisten unterbrochen, um ihm zuzurufen:
„Wir haben in Rußland vortreffliche Lehrer. Sie haben uns gelehrt, daß zwölf Regeln in den Rücken ein gutes Mittel gegen die unredlichen Regeln sind.“

Heute abend, im Kreise seiner Parteigänger und seiner Anhänger, sagt er offen:
„Wenn ihr keine Feiglinge wäret, würde niemand gewagt haben, eine solche Rede zu halten!“
In der vom Faschismus geschaffenen Atmosphäre bedeuten diese Worte ein Todesurteil.
Und dieses Urteil wird am folgenden Tag in Druck gegeben, indem Mussolini eigenhändig im Popo d'Italia schreibt, daß die Mehrheit die Rede Matteottis gegenüber eine übertriebene Duldsamkeit bemessen hätte.

Seit diesem Zeitpunkt lag das Schicksal des sozialistischen Abgeordneten in den Händen einer Bande, die ihren Sitz im Ministerium des Innern hatte und der es oblag, den Gegnern des Faschismus das Leben unmöglich zu machen.
Da stand ein energischer, tapferer, lauterer Mensch der Diktatur als Gegner gegenüber. Man wußte, daß er jeden Kompromiß ablehnte. Mit der äußersten Entschiedenheit hatte er den Versuch bekämpft, den blutigen Faschismus der Provinz durch den verlogenen Mussolinismus der Hauptstadt zu verdrängen. Er legte für den Faschismus und seinen Führer eine absolute Verachtung an den Tag, in seinen Reden wie in seinen Broschüren. Er erwartete den Sieg nicht von einem Wunder, wohl aber von dem langen Kraftaufwand des Volkes und der sozialistischen Aktion. Er hatte gesprochen, ohne seinen Gedanken in die Worte phyllosophischer Abstraktionen einzuwickeln, hatte eine Kasse eine Kasse und einen Banditen einen Banditen genannt.

Dadurch hatte er für den Faschismus den Tod verdient. Und die Fäuste des Balastes vom Viminal übernahm die Vollstreckung des Urteils.

Matteotti: „Ich werde die Tribüne nicht verlassen, ehe ich alles gesagt habe, was ich sagen will.“
Stimmen von rechts: „Nein, nein, es ist genug!“
Starace: „Wir gehen weg. Wir lassen uns nicht beleidigen!“
Der Tumult hat seinen Höhepunkt erreicht. Mit gekreuzten Armen wartet Matteotti ruhig und entschlossen, bis er weiter sprechen kann.

Matteotti: „In Mexiko vielleicht, wo man die Wahlen mit Spektakel fängt von vorne an.“
Matteotti: „Ich bitte Mexiko um Entschuldigung wegen des schimpfenden Vergleichs.“
„Genug! Genug!“ wird von der Rechten gebrüllt. „Werft ihn von der Tribüne!“

Matteotti: „Jetzt zählt der Redner die Verbredchen auf; die Unmöglichkeit der Wähler der Opposition, die Unterschriften für die Proklamierung der Kandidaturen zu sammeln; die Unmöglichkeit der Kandidaten, zur Wählerchaft Führung zu nehmen; Gewalttaten gegen die Presse.“
Anderer Zwischenruf: „Kragen Sie Turati, ob er nicht hat reden können.“

Turati: „Ja, zu meiner großen Schande habe ich Ihren Schicksal ertragen müssen, um sprechen zu können.“
Von der Linken wird applaudiert; auf der Rechten wird der Spektakel höllennmäßig. Der Präsident benutzt die Gelegenheit, um einem anderen Redner das Wort zu erteilen.
Matteotti: „Das ist ein Skandal. Ich verlange, daß man mein Recht zu sprechen, schützt.“

Stimme von rechts: „Schweigen Sie! Wir werden Ihnen Lügen des Schweigens beibringen.“
Matteotti: „Einer der Kandidaten, Vicinini, hat es ertragen, was es in diesem Wahlkampf bedeutete, seiner Partei zu gehorchen. Man hat ihn ermordet, weil er die Kandidatur angenommen hatte. Ich entbiete seinem Andenken den Gruß.“

„Eine Stimme: „Sie hätten dieselbe Strafe verdient!“
Eine andere Stimme: „Sie gehören ins Zwangsdenkmal, nicht ins Parlament!“

„Vom Regierungstisch sagt Mussolini nicht das leiseste Wort, um dem Recht des Redners Achtung zu verschaffen. Er legt seinen Kopf auf die auf dem Tisch gekreuzten Arme und bleibt unbeweglich, undurchdringlich.“
Jetzt greift der sozialistische Redner weiter aus. Er ruft das Gefühl der Gerechtigkeit an, über alle Parteimeinungen hinaus.

Matteotti: „Nehmen Sie sich in acht! Die Freiheit zieht Zerstörer nach sich, von denen das Volk sich heilen kann, wie die Geschichte beweist. Die Tyrannie aber führt zum Tode der Nation.“

Das Wüten der Rechten wird stärker. Alle Abgeordneten brüllen gleichzeitig gegen den Vorkämpfer des Proletariats, den die Linke durch ihren Beifall unterstützt. Im Zentrum beobachten die spärlichen Ueberbleibsel der alten politischen Welt, die in der neuen Kammer Sitz haben, unter ihnen Giolitti, diese erste Auseinandersetzung zwischen Mehrheit und Opposition, ohne daran teilzunehmen.

Dagegen nehmen die dem Publikum geöffneten Tribünen lebhaft teil. Man hat sie von der faschistischen Mütze befehen lassen, und diese begrüßt jede Unterbrechung der Farinacci, Starace, Terruzzi mit Beifallsgeheul.

Von dem langen Kraftaufwand ermüdet, gibt Matteotti doch nicht nach. Keine Spur von Demagogie oder Effekthascherei in seiner Rede. Er legt Tatsachen dar, er sagt, was er gesehen hat. Den Beschimpfungen stellt er Dokumente entgegen. Seine Schlussworte sind schlicht und herb.

VIEL GLÜCK



zum Jahreswechsel

für das neue Jahr einander zu wünschen, ist ein alter und ein schöner Brauch. Ein freundliches Gedenken von Verwandten, Freunden und Bekannten erfreut uns immer. Auch der Geschäftsmann lenkt gerne die Aufmerksamkeit seiner Kundschaft auf sich. Er wählt sich deshalb den vielgelesenen Volksfreund für seine Glückwünsche.

Matteotti: „Sie wollen das Land zum Absolutismus zurückbringen. Wir verteidigen die Souveränität des italienischen Volkes, dem wir unsern Gruß entbieten, und für dessen Würde wir eintreten, indem wir fordern, daß man diese Wahlen einer Prüfung in vollem Lichte unterziehe.“

Die Linke erhebt sich von den Sitzen und applaudiert. Von der Rechten wird gerufen:
„Verkauf!“
„Verräter!“
„Provokateur!“

Matteotti: „Und jetzt“, sagt Matteotti lächelnd zu seinen Freunden, „kann ich meine Leichenrede vorbereiten.“
Leider, leider war das ein prophetisches Wort.
Die Sitzung wird im Tumult aufgehoben. Sozialistische Abgeordnete drängen sich um Mussolini.
Der „Duce“ verbirgt seine schlechte Laune nicht. Seit drei Tagen muß man sich mit der Opposition herumschlagen. Er hatte gehofft, sie zu seinen Füßen zu sehen, reuig, wenn nicht bekehrt. Statt dessen stand sie trotz der Diktatur gegenüber ihm. Am Tage vorher hatte er einen Kommunisten unterbrochen, um ihm zuzurufen:
„Wir haben in Rußland vortreffliche Lehrer. Sie haben uns gelehrt, daß zwölf Regeln in den Rücken ein gutes Mittel gegen die unredlichen Regeln sind.“

Heute abend, im Kreise seiner Parteigänger und seiner Anhänger, sagt er offen:
„Wenn ihr keine Feiglinge wäret, würde niemand gewagt haben, eine solche Rede zu halten!“
In der vom Faschismus geschaffenen Atmosphäre bedeuten diese Worte ein Todesurteil.
Und dieses Urteil wird am folgenden Tag in Druck gegeben, indem Mussolini eigenhändig im Popo d'Italia schreibt, daß die Mehrheit die Rede Matteottis gegenüber eine übertriebene Duldsamkeit bemessen hätte.

Seit diesem Zeitpunkt lag das Schicksal des sozialistischen Abgeordneten in den Händen einer Bande, die ihren Sitz im Ministerium des Innern hatte und der es oblag, den Gegnern des Faschismus das Leben unmöglich zu machen.
Da stand ein energischer, tapferer, lauterer Mensch der Diktatur als Gegner gegenüber. Man wußte, daß er jeden Kompromiß ablehnte. Mit der äußersten Entschiedenheit hatte er den Versuch bekämpft, den blutigen Faschismus der Provinz durch den verlogenen Mussolinismus der Hauptstadt zu verdrängen. Er legte für den Faschismus und seinen Führer eine absolute Verachtung an den Tag, in seinen Reden wie in seinen Broschüren. Er erwartete den Sieg nicht von einem Wunder, wohl aber von dem langen Kraftaufwand des Volkes und der sozialistischen Aktion. Er hatte gesprochen, ohne seinen Gedanken in die Worte phyllosophischer Abstraktionen einzuwickeln, hatte eine Kasse eine Kasse und einen Banditen einen Banditen genannt.

Dadurch hatte er für den Faschismus den Tod verdient. Und die Fäuste des Balastes vom Viminal übernahm die Vollstreckung des Urteils.

Matteotti: „Ich werde die Tribüne nicht verlassen, ehe ich alles gesagt habe, was ich sagen will.“
Stimmen von rechts: „Nein, nein, es ist genug!“
Starace: „Wir gehen weg. Wir lassen uns nicht beleidigen!“
Der Tumult hat seinen Höhepunkt erreicht. Mit gekreuzten Armen wartet Matteotti ruhig und entschlossen, bis er weiter sprechen kann.

Matteotti: „In Mexiko vielleicht, wo man die Wahlen mit Spektakel fängt von vorne an.“
Matteotti: „Ich bitte Mexiko um Entschuldigung wegen des schimpfenden Vergleichs.“
„Genug! Genug!“ wird von der Rechten gebrüllt. „Werft ihn von der Tribüne!“

Matteotti: „Jetzt zählt der Redner die Verbredchen auf; die Unmöglichkeit der Wähler der Opposition, die Unterschriften für die Proklamierung der Kandidaturen zu sammeln; die Unmöglichkeit der Kandidaten, zur Wählerchaft Führung zu nehmen; Gewalttaten gegen die Presse.“
Anderer Zwischenruf: „Kragen Sie Turati, ob er nicht hat reden können.“

Turati: „Ja, zu meiner großen Schande habe ich Ihren Schicksal ertragen müssen, um sprechen zu können.“
Von der Linken wird applaudiert; auf der Rechten wird der Spektakel höllennmäßig. Der Präsident benutzt die Gelegenheit, um einem anderen Redner das Wort zu erteilen.
Matteotti: „Das ist ein Skandal. Ich verlange, daß man mein Recht zu sprechen, schützt.“

Stimme von rechts: „Schweigen Sie! Wir werden Ihnen Lügen des Schweigens beibringen.“
Matteotti: „Einer der Kandidaten, Vicinini, hat es ertragen, was es in diesem Wahlkampf bedeutete, seiner Partei zu gehorchen. Man hat ihn ermordet, weil er die Kandidatur angenommen hatte. Ich entbiete seinem Andenken den Gruß.“

22. Die Ermordung Matteottis *

Am Nachmittag des 10. Junis 1924 verließ Matteotti seine in der Via Pisanello Nr. 40 in Rom gelegene Wohnung, um ins Parlament zu gehen. Seit mehreren Tagen verhärtete die faschistische Presse ihre Angriffe gegen die sozialistischen Abgeordneten. Unter anderm verbreitete sie die Nachricht, die übrigens falsch war, daß Matteotti die Absicht habe, die Regierung wegen eines Petroleumskandals zu interpellieren. Die Polizei hatte angefangen, den Abgeordneten beständig zu überwachen, unter dem Vorwand, ihn zu beschützen. Zufällig waren aber gerade an diesem Tage keine Polizisten da, die ihm nachsiefen.

Der Tag war überwältigend warm und sonnig. Die Straßen und die Kais längs des Tibers waren fast ganz menschenleer.

Als Matteotti in den Kai Arnaldo da Brescia einbog, drängten sich fünf Individuen, die man für friedliche Fußgänger hätte halten können, um ihn, packten ihn, machten ihn wehrlos und stießen ihn in ein Auto, das bereitstand und das sofort den Weg nach der Campagna Romana einschlug.

Was ist dann in dem Auto vorgegangen?
Einer der Schergen hat es später erzählt. Matteotti schwieg nicht, trotz der plötzlichen Ueberwältigung, trotz der Todesdrohung, trotz den Faustschlägen, die auf ihn niederliefen. Er ergab sich nicht. Vielleicht hoffte er durch seinen Schrei die Aufmerksamkeit von Spaziergängern oder Bahnwärtern auf sich zu lenken. Am ganzen Körper gefesselt, zerbrach er noch mit einem Fußtritt eine Scheibe des Autos. Und er rief nach Hilfe.

Da jag einer der Schergen den Dolch, kaltblütig, und stieß ihn in die Brust des Wehrlosen. Die letzten Worte Matteottis waren:
„Ihr könnt mich töten, aber die Idee, die in mir ist, werdet ihr niemals töten.“

Und damit war es zu Ende. Den Leichnam verbarz man zunächst im Auto, das dann den Abend und einen Teil der Nacht in der römischen Campagna umherirrte, auf der Suche nach einem geeigneten Ort, um den Toten loszuwerfen. Erst nach vierzig Tagen sollte man den Körper wiederfinden, in einem Walde verhaftet, der Quaterella.

Wie so viele andere Verbredchen, die ihm vorhergegangen oder gefolgt waren, hätte auch dieses die öffentliche Meinung nicht bewegt und das Regime nicht erschüttert, wenn nicht ganz außergewöhnliche Umstände dazugekommen wären, aus denen mit zwingender Deutlichkeit hervorging, daß es sich um ein vom faschistischen Staat und faschistischen Regime organisiertes Verbredchen handelte. Die Verbredchen wären in keiner Weise behelligt worden, wenn nicht zufällig ein Portier die Nummer des Autos — 511 216 — notiert hätte und so die Polizei gezwungen war, den Nachforschungen die geeignete Richtung zu geben.

Das Verschwinden Matteottis wurde vom ersten Augenblick an von seiner Familie und seinen Freunden mit der größten Bestürzung und mit der Verachtung schwersten Unheils aufgenommen. Das von der Regierung in Umlauf gesetzte Gerücht, der sozialistische Abgeordnete könnte nach Oesterreich abgereist sein, da er vor wenigen Tagen zu diesem Zweck einen Paß bekommen hatte, schien gleich sowohl verdächtig als absurd.

Cesare Rossi, der damals der Presseschef des Ministerpräsidenten war und alle Fäden des Regimes in der Hand hatte, hat später im „Daily Herald“ erzählt, daß Mussolini noch am Abend des Verbredchens unter Hinweis auf die Aufregung in den Kreisen der Opposition gesagt hatte:
„Matteotti hat immer die Opposition gesucht; jetzt mögen ihn, die Herren in einer Kloake suchen.“

In der Kammer war der Premierminister weniger zynisch und vorsichtiger. An der Sitzung vom 12. Juni nahm er das Wort, um zu erklären, daß die Annahme eines Verbredchens kaum noch von der Hand zu weisen sei, angesichts der zeitlichen und örtlichen Umstände, unter denen der sozialistische Abgeordnete verschwunden war. Er fügte hinzu, daß diese Annahme die Empörung der Regierung und des Parlaments erregen müsse.

Da ertönte von der äußersten Linken eine Stimme, die des republikanischen Abgeordneten Chiela, um jene Worte auszusprechen, die die Ereignisse der nachfolgenden Tage zu einer Anlagensformel machen sollten:
„Die Regierung schweigt; sie ist mitschuldig!“

Mussolini, totenblau geworden, schien unter dem Schlag zu wanken, während die Mehrheit sich gegen den republikanischen Abgeordneten lehnte. Schon lenkte sich der dunkle Fittich der Tragödie über den Himmel Italiens.

Am Abend desselben 12. Juni war die Polizei in der Lage, den ganzen Hergang aufzudecken, da der Portier, der sich die Nummer des Autos notiert hatte, seine Anzeige erstattete. So wußte die Polizei die Namen der materiellen Vollzieher und ließ deren Führer, Dumini, in dem Augenblick verhaften, als er Ram verlassen wollte. Indem sie den Faden der Verantwortung weiter verfolgte, stieß dann die Polizei auf einen faschistischen Journalisten, den Biedermann Filippelli, den Chefredakteur des Corriere Italiano, einen Freund Mussolinis, der das Auto geliefert hatte. Weiter auf den Presseschef des Ministerpräsidenten, Rossi, auf den administrativen Generalsekretär der faschistischen Partei, Marinelli. Der Faden führte ganz direkt zum Viminal, dem Sitz des Ministeriums des Innern, und von da in das Vorzimmer Mussolinis. Bis hierhin verfolgte ihn die Polizei, um dann stehenzulassen, als vor einer Schwelle, die ihr profaner Fuß nicht berühren durfte.

Am dieselbe Zeit erklärte Mussolini im Parlament:
„Wenn jemand in dieser Aula ist, der das Recht hat, vor allen erariffen und entrüstet zu sein, so bin ich es. Nur einer meiner Feinde hat dieses Verbredchen begehen können, das uns mit Entsetzen erfüllt und uns einen Schrei der Entrüstung entlockt.“

Im vielen Anfragen aus untern Parteikreisen gerecht zu werden, teilen wir mit, daß die kleine Abbildung links in der Ueberlieferung Mussolini darstellt und die helle größere Abbildung rechts Matteotti.

(Fortsetzung folgt.)

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

24. Dezember. 1866 Schleswig-Holstein wird preussisch. — 1886 Karlsruher Umwälzung von Sozialisten aus Frankfurt a. M. — 1905 Karlsruher Kampf in Moskau. — 1918 Straßenkämpfe in Berlin. — 1926 Reichsbahndirektion aufgehoben. — 1927 Schlagwettererplöndung bei Dornmund (S. 7).

25. Dezember. 1745 Friede von Dresden. — 1830 L. Erscheinen des Boor Manus Guardian in England (1. Joz. Arbeiterblatt). — 1896 Ananti, 1. Joz. Laebblatt in Rom. — 1903 Volksmilitärischer Vorwärtsaus. — 1921 Russischer Dichter Korolento. — 1918 Spartakus-Demonstrationen belegen Berliner Vorwärtsaus. — 1921 Russischer Dichter Korolento.

26. Dezember. 1769 *Dichter Ernst Moritz Arndt. — 1805 Frieden von Tilsit. — 1825 Dekret über den Aufstand in Petersburg. — 1867 *Schweizer Dichter Eugen Berger. — 1896 *Physiolog Du Bois-Reymond. — 1920 *Karl Legien. — 1927 *Salomon, 1914 russischer Außenminister. — 1927 Frz. Joz. Parteien in Paris.

Weihnacht

Die Weihnacht heute noch daselbe wie früher? Ich glaube, im wesentlichen ja. Als das Fest des heiligen Hauses bereinigt es sich heute noch als Muttermilde, die sich vielleicht das ganze Jahr hindurch nicht gesehen haben. Aber es gibt keine Familie mehr, laut, schreit und drückt man. Wirklich nicht? Es gibt die schon noch, aber ärmer und kleiner ist sie geworden. In Deutschland fehlen heute mehr als fünf Millionen Kinder. Mehr als zweimal fünf Millionen Armen weniger greifen nach den grünen Zweigen, den roten Äpfeln und dem glitzernden Schmuck. Mehr als zweimal fünf Millionen Kinderaugen blicken nicht befeuchtet in den Lichterchein. Dafür sitzen mehr als fünf Millionen alte Menschen neben der Weihnachtsstange, ohne rechtliches Weihnachtsgeld, weil das junge Leben neben ihnen fehlt. Millionen von jungen Familien entbehren des Kindes, zumeist freiwillig. Heute eilen sie noch zu den alten Eltern und wollen dort wieder Kinder sein, aber nach 20, 30 Jahren — dann sitzen auch sie, grau und alt geworden, einmütig unter dem Weihnachtsbaum. — Ohne Kinderjubiläum können keine Weihnachtsstangen, Kränze die Weihnachtserzelen nicht.

Koch ein anderes fehlt der diesjährigen Weihnacht oft, was aber nicht in demselben Maße, schon der Weihnacht der Vorjahre. Die, die Weihnachtsfreude, die aus der geleisteten Arbeit, aus dem größeren Erwerb fließt, die Schenken und Geben und Schmücken erlaubt. Das Geschenk der Arbeitslosigkeit sitzt mit unter dem Weihnachtsbaum. Es gibt keine rechte Freude aufgenommen. Und mit ihm noch ein anderes, die Hilflosigkeit. Der Einzelne kann nicht mehr, wie er will, überall Schranken. Man kann sich kein Schicksal nicht mehr vormen wie früher einmal. Man ist Glied in der Kette, Zahn am Rade, Teilchen in der Masse. Das Leben hat keine Beweglichkeit verloren, die dem Einzelnen den Mut gibt, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, die die Kraft weckt und fahrt. Und wo soll der Einzelne antworten? Wenn das Los sich öffnet, führt es nicht zu lebendigen Menschen, sondern zu leeren Gestalten, die eifernd Geben und unterliegen und herlos den Einzelnen umschließen über abhoben.

Die Weihnachtstiefe! Sie ist gewiss nicht ausgestorben. Der Mensch bleibt bei allem Wechsel im Innern unverändert. Aber die Möglichkeit der Betätigung ist geringer geworden. Wir stehen nicht mehr wie einst Mensch zu Mensch gegenüber, der Schulter an Schulter nebeneinander. Wir sind Herden geworden, die voneinander fordern und einander bekämpfen. Schwer löst sich aus der geflossenen Kette ein Glied los, um hinüber zu einem anderen Einzelnen drüber zu gelangen. Das Recht zu nehmen und die Pflicht hinzugeben, nicht aus dem Herzen heraus, sondern auf Grund von Geben und Berordnungen, ist an die Stelle freier Selbstbetätigung getreten. Ein ungeheurer Fortschritt der Gesellschaft und Staatsordnung. Aber die Folgerwirkung ist eine nicht ermessende Einbuße im Verhältnis des Menschen zum Menschen. Aus dem einen durch innere und äußere Bande gefügten Körper und getrennte Weisen geworden, die neben und gegen, und nicht mehr mit und für einander leben wollen.

Eine neue Weihnacht muß kommen, heller strahlend als heute. Aber ob hundert oder tausend Kerzen, aus dem elektrischen Strom geboren, an der Weihnachtsstange hängen, aber, wie einst, ein paar trübe brennende Lichtlein daran hängen, ob die Tische mit Gaben bedeckt sind, oder nur ein paar armliege Dinge den guten Willen äußerlich dazwischen. Das Leuchten löst sich nicht nach Matt und das Schenken nicht nach Markt und Wermia berechnen — das Glück der Schenker und Beschenkten bemisst sich darnach nicht. Es ist an sich unabhängig von den Dingen, nur Gewohnheit und anergoische Lebensauffassungen legen es in das Neulicht. Es wird die Zeit kommen, daß auf dieser so unerschöpflich reichen Erde jeder das Rechte hat, daß äußerer Besitz eine gleichmäßige Sache ist, nach der der Wert des Menschen bemessen wird, und das Streben und Wünschen sich auf das Richtige, was unbegrenzt und unvergänglich unseren Geist abtut, unser Herz erbebt, unseren Willen lenkt.

Vertreterversammlung des Lebensbedürfnisvereins Karlsruhe

Der Lebensbedürfnisverein Karlsruhe hatte auf 19. Dezember den Vorsitz bei der Karlsruher eine außerordentliche Vertreterversammlung eintreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der Vorsitzende des Ausschusses in ehrenreichen Worten des Vorjahres den langjährigen Kassier, des Herrn Oberrechnungsrat Walz an. Die Vertretung der Präsenzliste ergab bei Anwesenheit von 92 Vertretern die Beschlussfähigkeit der Versammlung. Den einleitenden Vortrag zum ersten Punkt der Tagesordnung

Kein Preisabbau bei der Stadt

Ausfall bei der Straßenbahn 300 000 Mark / Rückgang aller Steuern / Mindereinnahmen in allen Betrieben

Ämtlich wird mitgeteilt: Der von der Reichsregierung ausgehende Gedanke einer Preisentlastung hat sich schon auf manchen Gebieten, es sei das eine erfreuliche Erscheinung, mehr oder weniger verwirklicht. Wenn auch überspannte Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen sind, so ist doch tatsächlich eine gewisse Erleichterung und Beruhigung eingetreten. Als Mangel empfindet man es aber, daß die Preise für die Erzeugnisse städtischer Betriebe, insbesondere Gas, Wasser und Strom, und die Tarife für die Straßenbahn noch nicht oder nur in unbedeutender Weise gesenkt worden sind. Anträgen, die in Betracht kommenden öffentlichen Verwaltungen möglichenfalls in der letzten Zeit zu lesen und zu hören gewesen. Solche Wünsche sind vollkommen verständlich und nabeliegend. Es wird aber auch keine öffentliche Verwaltung geben, die nicht schon vor sich aus den ersten Willen hat, ihre Tarife und Preise daraufhin zu prüfen, ob nicht eine Senkung möglich ist. Wenn man trotzdem bisher nur wenig von einer Preisentlastung bei öffentlichen Betrieben hat erfahren können, so liegt die Ursache hierfür gewiss nicht in mangelndem Willen — das wäre auch geradezu verantwortungslos — sondern in der tatsächlichen Unmöglichkeit, viel oder manchmal auch nur etwas tun zu können.

Die Gemeindeverwaltungen haben zur Zeit überaus schwer in finanzieller Hinsicht zu kämpfen. Die Haushaltspläne für das laufende Wirtschaftsjahr (1. April 1930 bis 31. März 1931) sind durchweg im März dieses Jahres fertiggestellt worden. Seit dieser Zeit haben sich die Verhältnisse weiterhin verschlechtert. Auf der Ausgabeleihe sind die Fiktionalitäten, die die Gemeinden zu tragen haben, noch mehr gestiegen. Auf der Einnahmeseite sind infolge der rückläufigen Konjunktur Fehlbeträge bei Betrieben und bei Steuern in erheblichem Umfang entstanden. In Karlsruhe muß man s. B. bei der

Straßenbahn mit einer Mindereinnahme von rund 300 000 M rechnen. Das Elektrizitätswert verläuft zur Zeit etwa 12 Prozent weniger Strom als zu Anfang des Jahres. Die Ueberweisungen an Einkommensteuer bringen einen beträchtlichen Fehlbetrag, auch andere Steuererleichterungen gehen erheblich zurück. Angesichts einer solchen Entwidlung der Verhältnisse ist es erste Aufgabe einer verantwortungsbewußten Gemeindeverwaltung, Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu halten. Rücksichtslos Beschränkungen nach der Ausgabeleihe hin sind unvermeidlich geworden und werden auch in Zukunft unvermeidlich sein, obwohl dabei nicht zu verkennen ist, daß solche Beschränkungen manchmal oder meistens für Industrie, Handwerk und Handel einen Ausfall an Arbeit und Verdienst bedeuten.

Zu den Einnahmen der Gemeinden, welche für allgemeine Zwecke, s. B. für die Fürsorge, Verwendung finden, zählen auch die Abgaben von Betrieben.

Es handelt sich hierbei regelmäßig allerdings nur um die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. Aus der eben geschilderten Lage der Gemeindeverwaltungen ergibt sich aber, daß es im allgemeinen ein Ding der Unmöglichkeit ist, auf diese Abgaben zu verzichten. Sollen die Gemeindefinanzen in Ordnung gehalten werden, so kann man nicht Einnahmen, auf welche die Gemeinden unbedingt angewiesen sind, fassen.

Für die städtischen Betriebe, insbesondere das Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk und die Straßenbahn, wirkt sich nämlich die Kohlenpreiserhöhung, etwas anderes kommt praktisch überhaupt nicht in Betracht, nicht in dem Maße aus, wie man zunächst hoffen möchte. Die gesamte Kohlenpreiserhöhung ist durch die vor einiger Zeit erfolgte Senkung des Kokspreises schon mehr als ausgeglichen. — Bei dem Wasserwerk macht die Kohlenpreiserhöhung nur 8000 M aus, fällt also leider überhaupt nicht ins Gewicht. Auch bei dem Elektrizitätswerk ist die Auswirkung der Kohlenpreiserhöhung nicht so bedeutend, wie man meinen möchte. Die Kosten für Kohlenverbrauch machen nämlich bei den Stromerzeugungsanlagen nur etwa 1/3 aus. — Bei der Straßenbahn, die ihren Strom vom Elektrizitätswerk bezieht, bringt die Kohlenpreiserhöhung eine Verbilligung der Stromkosten, bringt die Kohlenpreiserhöhung eine Verbilligung der Straßenbahn um rund 3,2 Millionen im Jahre kann dieser geringfügige Betrag nicht irgendeiner für eine Verbilligung von Tarifen in Betracht kommen.

Es trägt wohl zum besseren Verständnis bei, wenn auch noch auf folgende zwei Tatsachen hingewiesen wird. Eine Ermäßigung des Gaspreises um 1 Pfg. für den Kubikmeter würde für das Werk eine Mindereinnahme von 190 000 M bringen; bei dem Elektrizitätswerk wären es — ebenfalls bei Ermäßigung um 1 Pfg. —

Die bisherige Gestaltung der Lebensmittelpreise und die Auswirkung der Preisabbaupolitik" hielt Direktor Bruhl. Er führte aus, daß die von vielen Seiten angelegten Preisverläufe die einen erheblichen Preisabbau nachweisen sollen, mit großer Vorsicht aufzufassen seien. Preisverläufe hätten nur Wert, wenn dem Bereiche ganz bestimmte Stichtage zu Grunde gelegt werden, und wenn gleiche Qualitäten gegenübergestellt werden. Auch Preisverhöhungen seien zu berücksichtigen. Bei Beachtung dieser Erfordernisse läme man zu dem Ergebnis, daß vielfach übertriebene Behauptungen aufgestellt werden, insbesondere um damit eine Senkung der Löhne und Gehälter zu begründen. Bei den Artikeln, die der Bereicherung der amtlichen Indizes für Ernährung und Gesundheitshaltung zu Grunde gelegt werden, sei allerdings im allgemeinen eine Preisentlastung eingetreten, darüber hinaus auch noch bei verschiedenen anderen Gegenständen des täglichen Bedarfs. Sojaöl müßte aber werden, daß bei Hunderten von Artikeln noch nicht die geringste Preisermäßigung festzustellen sei. Bei großen Gruppen hätte die Industrie traditionelle Preise, so auch vielfach bei den Markenartikeln, notwendig im Interesse eines weiteren

225 000 M. Das sind erhebliche Summen, die im Gemeindehaushalt nicht plötzlich entbehrt werden können. Es verdient ferner besondere Beachtung, daß in Karlsruhe Erhöhungen der Verkaufspreise für Gas und Strom seit dem Jahre 1925 nicht erfolgt sind, obwohl seit jener Zeit eine Anzahl Kohlenpreiserhöhungen und zwar insgesamt in stärkerem Umfang als die jetzige Kohlenpreiserhöhung eingetreten sind.

Es ist weiter der Wunsch nach einer Neuregelung der Eintrittspreise für die städtischen Badeanstalten laut geworden. Bei aller Beweglichkeit und Anpassung an gegebene Verhältnisse, die man von einer wirtschaftlich eingestellten Badverwaltung verlangen muß, wird man nicht anerkennen dürfen, daß auch die Badeanstalten mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. So ist die Befüchtung bei gewissen Einrichtungen der Badeanstalten mit Rücksicht darauf, daß in sehr vielen Haushaltungen Badgelegenheit geschaffen worden ist, zurückgegangen. In Karlsruhe werden die städtischen Badeanstalten (ohne Rappenswörth) in diesem Jahr voraussichtlich mit einer Mindereinnahme in Höhe von 20 000 M gegenüber dem Voranschlag abschließen.

Auch die Verpflegungsjahre für das städtische Krankenhaus werden leider auch nicht herabgesetzt werden können. Die städtischen Krankenhäuser erfordern immer einen reichlich hohen Zuschuß. In Karlsruhe beträgt er über 400 000 M im Jahr. Die Verbilligung der Kohlenpreise und Lebensmittel wird sich mit etwa 15 000 M für ein Krankenhaus wie das der Stadt Karlsruhe auswirken. Gegenüber einer Gesamtausgabe von rund 1,8 Millionen bedeutet diese Ermäßigung leider nicht sehr viel, sie läßt sich jedenfalls nicht in eine Verbilligung der Verpflegungsgebühren umsetzen. Dazu kommt insbesondere für das Karlsruher Krankenhaus, daß man irrend eine Gebührenerhöhung seit dem 1. April 1928 nicht vorgenommen hat, obwohl seit jenem Zeitpunkt manche weitere Vetterung eingetreten ist. Krankenhäuser, die in den letzten beiden Jahren Gebührenerhöhungen vorgenommen haben, werden vielleicht eher an eine Gebührenerhöhung denken können. Wissenswert ist schließlich, daß die Verpflegungsgebühren in der 3. Klasse im städtischen Krankenhaus in Karlsruhe mit an niedriger Stelle unter den größeren Krankenhäusern deutscher Städte stehen. Der Verpflegungssatz von 4,50 M für den Tag für die jeweilige Selbstzahler ist gewiss auch nicht hoch, wenn man bedenkt, daß darin neben Unterbringung und Verpflegung noch Medikamente, Verbandstoffe und ärztliche Behandlung (abgesehen von Röntgenbehandlung) inbegriffen sind.

Schließlich sollen noch die Gebühren für den städtischen Schlachthof Erwähnung finden. Diese Gebühren mochten 2 1/2 Pfg. pro Pfund aus, bei Schweinefleisch sind es wegen der neu eingeführten Trichinenjagd ungefähr 3 Pfg., das ist wirklich keine ins Gewicht fallende Belastung gegenüber der im Interesse der Volksgesundheit unbedingt notwendigen Behandlung der Schlachttiere und des Fleisches. Die Kohlenpreiserhöhung hat bei dem Schlachthof eine nur ganz geringfügige Minderausgabe von 2000 M zur Folge, sie spielt gegenüber den Gesamtausgaben mit mehr als 800 000 M keine Rolle. Dagegen würde eine Herabsetzung der Gebühren um nur 1/2 Pfg. schon eine Mindereinnahme von 60 000 bis 70 000 M ausmachen. Das wäre einerseits ein recht empfindlicher Verlust, andererseits ist nicht anzunehmen, daß diese Gebührenerhöhung dem Verbraucher zugute kommt. Ähnlich wie bei dem Karlsruher Schlachthof werden die Verhältnisse auch bei den anderen größeren Schlachthöfen des Landes liegen.

Abschließend sei noch einmal hervorgehoben: Für die Gemeindeverwaltungen handelt es sich heute in erster Linie darum, die Gemeindefinanzen in Ordnung zu halten. Im allgemeinen wird dies, wie jeder Einsichtige, der sich mit der rauhen Wirklichkeit anhand der vorstehenden Zahlen vertraut gemacht hat, zugeben muß, nur möglich sein, wenn man die Einnahmen der städtischen Betriebe und Anstalten nicht durch Tarifierentungen vermindert. Es ist dies keine erfreuliche Feststellung. Jede Gemeindeverwaltung würde ein anderes Ergebnis sicher viel lieber sehen. Zurzeit liegen die Dinge in den meisten Gemeinden aber so, daß man nur zwischen einem Verzicht auf Senkung der Tarife oder einer unverantwortlichen Erschlüpfung des Gemeindehaushalts die Wahl hat. Es ist für die Bevölkerung wohl das kleinere Übel, auf eine durchgehende Tarifierentung zu verzichten, als sich plötzlich einer Anordnung in den Gemeindefinanzen mit allen ihren schlimmen Folgen gegenüber zu sehen. Zurartige Beispiele dieser Art hat es ja leider schon gegeben; sie sollten zur Warnung dienen.

Preisabbau sei die Auflösung aller Preisabbaupolitik von Gesetzeswegen. Der Lebensbedürfnisverein werde in Bezug auf die Preisentlastung bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit gehen. Im Anschluß an den betätigten aufzunehmenden Vortrag wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: „Die am 19. Dezember 1930 tagende Vertreterversammlung des Lebensbedürfnisvereins Karlsruhe nimmt Kenntnis von den bisherigen Maßnahmen des Vorstandes in Bezug auf die Senkung der Lebensmittelpreise. Sie begrüßt das Bestreben der Verwaltung, unter Beibehaltung der bisher geführten besten Qualitäten die Preise bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit zu drücken. Die Vertreterversammlung erwartet, daß diese Bestrebungen von allen Mitgliedern gewürdigt werden und daß durch Steigerung des Durchschnittsumsatzes und durch Zuführung neuer Mitglieder die Entwidlung des Vereins gefördert wird.“ — Ein erit vor wenigen Tagen in den Vorstand eingetretenes Mitglied ist mit Zustimmung der Vertreterversammlung aus dem Vorstand ausgeschieden. — Der Vorsitzende schloß hierauf die Versammlung mit Worten des Dankes an die Erschienenen.

Wissen Sie eigentlich, daß bei uns monatlich weit über 100 Waggons mit Lebensmitteln anrollen? Der beste Beweis dafür, daß unsere Waren stets frisch sind!

PFANNKUCH-LEBENSMITTEL



GLORIA-PALAST
morgen
zum ersten Feiertag
den ersten und besten Millie-Tonfilmschwank
aus der Vorkriegszeit

3 Tage Mittelarrest

Den tollsten Kommi-Büßsinn, den Sie
je gesehen

Ganz Karlsruhe lacht über diesen köstlichen Tonfilm
Heute zum „Heiligen Abend“ bleibt
das Theater geschlossen
Allen unsern verehrten Besuchern u. Freunden ein
„Fröhliches Weihnachten“
Die Direktion

FESTHALLE
Donnerstag den 26. Dezember, von 15^{1/2}—18 Uhr:
Weihnachts-Konzert
Orchester: Philharmonisches Orchester.
Leitung: K. K. Guhr. Eintritt: 60 Pfennig. Abonnenten
des Stadtgartens 30 Pfennig. Vorverkauf bei Stadt-
gartenkassier Bronner. 1826

Besuchet über die Feiertage das
COLOSSEUM
Erstklassige Künstler in einem bunten
Attraktions-Weihnachts-Programm
bieten auserlesene Genüsse
Das Programm eignet sich sowohl für Erwachsene
als auch für Kinder
Beginn: Sonn- und Feiertags 1/4 4 und 8 Uhr
Wochentags 8 Uhr
Trotz enormer Unkosten keine Preiserhöhung

SCHAUBURG
Marienstraße 16 Telefon 6284

Unser Fest-Programm
An beiden Feiertagen ab 2 Uhr
der 100%ige Anta-Tobis-Lichttonfilm

**Leutnant warst
du einst bei den
Husaren**

Eine Tonfilm-Operette voll Charme und
Esprit, voll Spannung und Humor
mit dem gleichnamigen Schlager von Robert Stolz
In den Hauptrollen:
**Mady Christians
Georg Alexander
Gustav Diessi**
Greil Theimer, Max Ehrlich, Hermann Picha usw.
Die Schlager des Filmes:
„Wir woll'n nur Kameraden für's ganze Leben sein“
„Eines Tages kommt das Glück inkognito“
„Ich brauch' ein Schwipserl um in Stimmung zu sein“
Im Beiprogramm: **Micky-Maus**

Statt Karten! 8062
**Luise Gabriel
Willy Binmler**
Verlobte
Weihnachten 1930
Mondstraße 2a, Karlsruhe Karstraße 45

Wollen Sie Geld sparen
dann decken Sie Ihren Bedarf bei
Carl Schäuble, Bruchsal
Hohensggersplatz 8, Telefon 2778
Damen- und Herrenkleiderstoffe, Baum-
wollwaren, Aussteuerartikel, Anfertigung
kompletter Aussteuern, Damen- und
Herrenwäsche, Trikotasen, Strumpfwaren
gestrickte Damen-, Herren- und Kinder-
kleidung, Teppiche, Bettfedern u. Daunen,
Anfertigung feiner Herrenkleider nach
Maß, Konfektion, Bade-Artikel, Blaue
Arbeitsanzüge, Windjacken.
Verlangen Sie persönlichen Besuch oder be-
musteries Angebot. 2166

**Badisches
Candestheater!**
Donnerstag, 25. Dez.
Aucher Miete
**Die Meisterfinger
von Nürnberg**
Von Wagner
Dirigent: Krips
Regie: Dr. Baag
Mitwirkende: Grün-
wald-Schiffert, Seiber-
lich, V. Göttinger,
Dobach, Reinbach,
Kleier, Böber, Rentwig,
Cerner, Schöpsin,
Schuber, Kalle, Weher,
Nagel, Schäfer, Wurm
Anfang 17 Uhr
Ende 22 Uhr
1. Rang und 1. Sperrreihe
8,00 Mk.

*Freitag, 26. Dez.
Nachmittags
**Der große
Christoph**
Weihnachtsmärchen
v. Ulrich von der Trenk
Regie: v. d. Trenk
Mitwirkende: Bertram
Ermarth, Frauenböcker,
Geuter, Sellung,
Zehner, Güle, Kurt
Wemmer, Graf, Berg,
Höder, Juhl, Kubie,
Wehner, Müller, Brüder,
Schulze, Grimm,
Lindemann, Luther,
Röhmig, Seibert
Anfang 15 Uhr
Ende 17 Uhr
1. Rang und 1. Sperrreihe
3,00 Mk.

Abends
Aucher Miete
**Neu einstudiert:
Die schöne
Helena**
Romische Oper von
Clementi
Dirigent: Krips
Regie: Graf
Mitwirkende: Seiber-
lich, Winter, Bauer,
Burt, Brand,
J. Grögnauer, Dobach,
Zehner, Güle, Kurt
Wemmer, Graf, Berg,
Lindemann, Weher
Anfang 19.30 Uhr
Ende 22 Uhr
1. Rang und 1. Sperrreihe
8,00 Mk.

Am 27. 12. Des Saal-
mann von Reuditz Saal
28. 12. Nachmittags
die Bohème. Abends
Fidelio. Am 29. 12.
Keine Schwestern und
ih. Wo 29. 12. Da-
mann des Armen.

Am Stadt. Konzerthaus
Donnerst., 25. Dez.
Zum ersten Mal
**Die Sache, die
sich Liebe nennt**
Komödie von Burt
Regie: v. d. Trenk
Mitwirkende: Bertram,
Rhhoff, Rademacher,
Schreiner, Dahlen,
Graf, Juhl, Kloebe,
Brüder 1821
Anfang 19.30 Uhr
Ende 21.45 Uhr
1. Parterre 3,00 Mk.

*Freitag, 26. Dez.
**Die Sache, die
sich Liebe nennt**
Komödie von Burt
Regie: v. d. Trenk
Mitwirkende: Bertram,
Rhhoff, Rademacher,
Schreiner, Dahlen,
Graf, Juhl, Kloebe,
Brüder
Anfang 19.30 Uhr
Ende 21.45 Uhr
1. Parterre 3,00 Mk.

Stadt. Smoling-
Gehrad-Kunze
verleibt 787
Franz Hed, Gartenstr. 7

**Volkschor
Karlsruhe-West e. V.**
Freitag, den 16. Januar 1931, findet
im Vereinslokal jugendgemäß die
**ordentliche Jahres-
Generalversammlung**
statt. Anträge hierzu müssen bis spätes-
tens Freitag, 8. Januar an den Vor-
sitzenden Hr. Scheibel, Badische Str. 21
oder dem Schriftführer Dauter, 3011e-
straße 3, eingereicht sein. 8655
Die Vereinsleitung

**LASSALLIA
KARLSRUHE
1896**
Donnerstag, 25. Dezember (1. Weih-
nachtsfeiertag), nachmittags 2 Uhr, im
Festsaal des „Friedrichshof“
Kinder-Weihnachts-Feier
mit Bescherung
Abends ab 7 Uhr im gleichen Lokal für
unsere Mitglieder und deren Angehörigen
Familien-Unterhaltung
verbunden mit Ehrung langjähriger Mit-
glieder und sonstigen Darbietungen.
Alle Mitglieder sind hierzu freudigst
eingeladen. Die Verwaltung

**SÄNGERBUND VORWÄRTS
KARLSRUHE**
Am Freitag, den 26. Dezember
(2. Weihnachtsfeiertag), nachm.
3 Uhr, in der städt. Festhalle
Weihnachts-Feier
mit Kinderbescherung (500 Kinder)
unter Mitwirkung des Musik-
vereins Karlsruhe, der Tanz-
schule Sonntags-Siebert und der
beiden musikalischen Humo-
risten Hirth und Jock.
Eintritt 1. Mitglieder 30 Pfennig
Nichtmitglieder 50 Pfennig
Ab 7-12 Uhr **BALL** 8011
Tanzleitung: Tanzmeister Alois
Krotz. • Tanzgeld für Mitglieder
1. Mark, Nichtmitglieder 1 50 Mark.

**Arbeit-Gesangverein „Ede, weid“
Karlsruhe**
Am Freitag, den 26. Dezember 1930
(Stephanstag), abends 8 Uhr, findet im
Restaurant „Saalbau“, Gottesauer-
straße, unsere diesjährige
Weihnachtsfeier
v. bunden mit Gabenverlosung und
Tanz statt, wozu wir unsere
Mitglieder, Freunde und
Gönner des Vereins freundlichst ein-
laden 8061 Der Vorstand

**SÄNGERLUST
KARLSRUHE**
1. Weihnachtsfeiertag
abends 8 Uhr, im Burghofsaal
Weihnachtsfeier 806

JOHANN VOGEL
Elektrotechn. Installationsgeschäft
Werderstraße 1 Telefon 4252
Ausführung von
**elektrischen Licht-, Kraft- und
Schwachstromanlagen**
Beleuchtungskörper
Motore, Telefon, Türöffner usw.

**Verblüffend
ist die
neueste
Preis-
Ermäßigung
für
Trefzger
MÖBEL**
Verkaufsstelle:
**KARLSRUHE
Kaiserstraße 97**
Südd. Möbel-Industrie
G. M. B. H.
GEBR. TREFZGER RASTATT

Ab morgen Die Lieblinge des Publikums!
Die Könige des Humors!
Resi Pat und Patachon
Lichtspiele Tel. 5111
Waldstr. 30
4.00 6.15 8.45
5.30 7.00 7.50 8.45
Jugendliche
nachmittags
halbe Preise

lernen und sprechen **1000 Worte Deutsch**
in ihrem ersten Tonfilm
Ulrike Zwischenfälle beim Deutschen Fußballmeistert
Hertha-Berlin u. sein Fußballländerspiel Deutschland-
Dänemark
Ton-Beiprogramm

Unter Weihnachtsprogramm eine Sensation
Pa-Li HARRY PIEL
in seinem ersten Ton- und Sprechfilm 8064
ER ODER ICH
mit Volary Boothby, Edward u. Winterstein, Olive Fried,
Klaus Jankermann, Hermann Valentin u. a. L.
Ein 100%iger Tonfilm — frisch, süßig, packend,
sensationell zugleich.
Ton-Beiprogramm - Neueste Wochenschau

**UT Union-Theater
Karlsruhe**
Kaiserstr. 211
8061

Am b. Feiertagen:
jeweils 3, 7 u. 9 Uhr
An den Feiertagen:
3, 5, 7 u. 9 Uhr
Wochentags:
4, 6.15 u. 8.30 Uhr

**Unser
Weihnachts-Festprogramm:**
Einer der schönsten Filme des Jahres 1930, ein
Film von tiefster Stierlichkeit und Menschlichkeit
Der Mönch von St. Bartholomä
„Das Geheimnis vom Königssee“ mit Gitta Hall,
Charl. Willy Kaiser, Hans Beck-Gaden und Wolf Ferdi
Die gewaltige bay.-Berwelt u. der herrliche Königs-
see sind der Rahmen für eine wundervolle Leha-dung
Jugendliche haben Zutritt!

Gänselebern
faucht vorüberend an
K. Moser
Kreuzstraße 20, 2. St.
Ede Kantarorenstr.

Gänselebern
faucht vorüberend an
G. Meeb
geb. Schürmer
Erbprinzenstraße 21
2. Stod. 7631

Auto-Reifen
420 x 120 u. alle an-
deren Größen von
15. - 27. an, bei
A. Maier,
Kreuzstraße 22
Voll-Anhalt Tel. 6821

Friedrich Döppel
Kraft. Batterie-Ein-
nehmer der preuß.-südd.
Klassen-Lotterie
Kartensatz, Kreuzstr. 35
Ede Hühnerer Straße
Telephon 5286
und Filialen.
Wesentliche Erhöhung
der Gewinnchancen,
da Verlosungsmittel bei
Mittelgewinne bei
gleicher Loszahl.
Ziehung am 12. und
13. Januar
Schluß der Erneuerung
8. Januar

**Hohzelt, Gutsm.
Smoking u. Frack-
Anzüge, ist neu, staun-
end bill. abzug. 758**
In 3 Tagen
Nicht raucher!
Kaufstun! tollentl.
Santitas-Depot
Salica. 2., 31 R.

Kindermehl
müß 2162
Gemüse
enthalt
sagt der Arzt!
Verlangen Sie
Roth's
Gemüseswiebackmehl
in den Apotheken
und Drogerien.

**Männergesangverein
Karlsruhe e. V.**
Am 26. ds. Mts. (Stephanstag), nachmittags
1/4 4 Uhr, veranstalten wir unsere
Weihnachtsfeier
mit anschließendem **Ball** im Kühlen Kreuz
und laden unsere Mitglieder sowie
Freunde und Gönner dazu herzlichst ein.
Die Vorstandschaft

BADISCHE LICHTSPIELE
Linke Jugend
Folge
und
und
Wunderland!

1920 **Konzerthaus** 1930
Weihnachts-Festspiele
25., 26., 27., 28., 29., 30. und 31. Dezember, jeweils 3 Uhr
Musikalisches Vorspiel
Der verzauberte Wald
Prinz-Erlwein Rotkäppchen
Kartenvorverkauf: Musikhaus Fritz-Müller, Kaiserstraße,
Holzschub, Weidertplatz 48 und im Büro Klaupechtstraße 1
Preise Mk. -30 bis Mk. 1.- ohne weitere Ermäßigung

Ferner 25., 26., 27., 28. Dezember, jeweils 4.30 Uhr
Samstags, den 27. Dezember **nach 6.30 Uhr**
Silberkondor
über
Feuerland
Ein neuer Film von **Günther Fritschew**
dem weltberühmten Filmer von Tsingtau
„Der Abend“ sagt u. a. . . . Man muß den kühnen
Seefahrern und waghalsigen Filmgönner aufrechten Dank
sollen, daß Sie uns diese Fülle schöner Bilder aus einem
Gebiet beschert haben, das sonst als Heimat der Stürme
und Nebel bei allen Seelenten verrufen ist
Dazu:
Der verzauberte Wald
Jugendfrei Kapelle Lehmann
Kartenvorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße
Holzschub, Weidertplatz 48 und im Büro Klaupechtstraße 1
Preise Mark -60 bis Mark 2.- / Studierende, Schüler und
Erwerbstlose zahlen gegen Ausweis halbe Preise